

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

21. Woche für die Zeit vom 23. bis 29. Mai 1902.

Posen, den 3. Juni 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 117 des Dziennik Poznański
vom 23. Mai 1902:

Die antipolnische 250 Millionen-Vorlage.

Nachdem der Dziennik Poznański den Wortlaut der neuen Gesetzesvorlage, betreffend die Vergrößerung des Ansiedlungsfonds in polnischer Uebersetzung mitgetheilt, bemerkt er zum Schluß folgendes: „Unsere Stellung in dieser Angelegenheit haben wir schon wiederholt klargelegt. Dieser neue Bruch des Hauptgrundsatzes der preussischen Verfassung, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, wird auch Enttäuschung und Erbitterung in allen Gesellschaftsschichten hervorrufen, das Gefühl des erlittenen Unrechts wird in ihnen so tiefe Wurzeln fassen, daß zwischen den Bedrückten und den Bedrückern eine unübersteigbare Mauer errichtet wird, bis dereinst die Stunde der Gerechtigkeit schlagen wird!

Deus mirabilis, fortuna variabilis!“

Aus Nr. 236 des Kuryer Poznański
vom 25. Mai 1902:

Betrifft die 250 Millionen-Vorlage. „Aus der Gegend der vier Seen.“

Es ist geschehen, was bisher nicht Thatsache gewesen ist, obgleich es als bestimmte Thatsache angesehen worden war sowohl von denen, welche den Schlag vorbereiteten, als auch von denen, welchen er galt. 250 Millionen Mark will die Regierung vom Landtage haben zur Bekämpfung des Polenenthums im Osten. Die einschlägige Vorlage hat bereits am 5. Mai die Unterschrift des Königs erhalten. Die Annahme der Vorlage durch beide Kammern unterliegt keinem Zweifel, wenn auch ev. kleine Abänderungen nicht ausgeschlossen sind. Und damit muß man auch wie mit einer vollzogenen Thatsache rechnen. Die politische und wirtschaftliche Tragweite des neuen Gesetzes ist klar für die Volksgesamtheit, die ihre Kräfte gestählt hat in dem heroischen Kampfe, der so viele Jahre lang gegen die Millionen geführt worden ist, welche bisher auf das Kampffeld geworfen wurden zwecks Schwächung und Unterdrückung des Polenenthums. Aber außer dieser allgemeinen allerdings wichtigsten Tragweite gewinnt das neue Gesetz noch eine andre Nebenbedeutung durch die Wahl des Augenblicks, in welcher seine Enuntiation erfolgte.

Es ist das der Moment, in welchem die Landtagsession zu Ende geht, sodaß, wenn nicht das neue Gesetz angekündigt worden wäre, weder der

Landtag, noch die Regierung einen hinreichenden Anlaß hätten, um die Landtagsarbeiten zu verlängern.

Es ist das dieselbe Session, zu deren Beginn Graf Bülow ausdrücklich erklärt hat, die königliche Regierung habe augenblicklich nicht die Absicht, neue gesetzgeberische Mittel vorzuschlagen, sie werde sich fürs Erste auf die konsequente und energische Anwendung der bestehenden beschränken. Die „Augenblicke“ zählen nun im politischen Leben gewöhnlich nicht nach Tagen und Wochen, sogar nicht nach Monaten. Was man einstweilen im Januar als überflüssig anerkannt hat, ist dasselbe geblieben auch im Mai des gleichen Jahres, sofern in der Situation seit jenem Moment nichts vorgekommen ist, was in den Augen der Regierung Eile und die Nothwendigkeit einer gesetzgeberischen Aktion geböte.

Es ist nichts vorgekommen, da in dieser Zeit weder eine neue Breschener „Revolution“ sich ereignet hat, noch es gelungen ist, eine zweite Statistik zu komponiren, eine fürchterlichere, als jene bekannte, mittelst deren Graf Bülow in derselben Sekunde Schrecken verbreitet hat, in welcher er auf gesetzgeberische Mittel Verzicht leistete.

Außerdem erfahren wir aus den Motiven des Projekts, daß der gegenwärtige Fonds der Ansiedlungskommission schlimmstenfalls noch 4 Jahre ausreiche. In diesem Falle wäre es noch vorzeitig, wollte man zur Vergrößerung des Fonds nach einigen Monaten, in der künftigen Session schreiten, ganz räthselhaft aber wird die Sache, da die Regierung schon jetzt daran geht.

Alle diese Momente veranlassen die Frage, weshalb die Regierung, ohne auf den Schluß der Session zu achten, welcher letztere an der Reize mit Vorlagen von solcher Tragweite zu belasten bisher nicht zu den Gepflogenheiten des Regierens gehörte, unter Ignorirung ihrer eigenen früheren Erklärung und ohne auf die noch volle Kasse der Ansiedlungskommission zu achten, gerade in diesem Augenblick unter Aenderung ihres ursprünglichen Plans mit einer großen gesetzgeberischen Aktion gegen die Polen auftritt? Die Aenderung des ursprünglichen Plans erfolgte wahrscheinlich im April und sie vollzog sich nicht leicht. Gerade aus dieser Zeit her sind die Beratungen in Regierungskreisen wiederholten sowie die zahlreichen einander widersprechenden Berichte bezüglich des antipolnischen Projekts, sowie die Ungewißheit bekannt, welche in dieser Hinsicht sogar in sehr hohen Kreisen herrschte, und in jener Zeit vernahm man den dumpfen Widerhall einer im Schoße der Regierung selbst bestehenden Meinungsverschiedenheit.

Endlich wurde die sofortige Vorlage durchgesetzt. Es bleibt obige Frage bestehen. Beantworten kann man sie nur mit Kombinationen verschiedenen Inhalts und verschiedener Bedeutung für uns.

Entweder hat die Regierung dem Druck der hafatistischen Strömung nachgegeben, welche kein Säumen duldet, oder sie wollte den Reichstag zusammenbehalten und sie besaßte zu diesem Zweck in Ermangelung anderer Materien den Landtag mit einem Projekt, das in Zukunft so wie so auf dem Tisch des Landtages auftauchen sollte, oder es lag ihr wirklich daran, schon jetzt jenen Hundert-millionenfonds mit der ganz neuen, in § 2 erwähnten Verwendungsart zu bekommen, um deutsche Großgrundbesitzer, welche infolge des Mißwachses der letzten Jahre auf schwachen Füßen standen, so schnell als möglich zu retten. Und indem die Regierung diese Forderung vorlegte, fügte sie ihr die Verstärkung des Fonds der Ansiedelungskommission hinzu, was zwar, wenngleich momentan nicht nötig, jedoch schon seit Langem beabsichtigt war. Es kann aber noch ein anderes „oder“, das wahrscheinlichste und für uns wichtigste vorliegen. Der Augenblick, in welchem die Regierung die Hand erhebt, um den schrecklichen Schlag zu führen, ein Geschütz aufzufahren, wie es die Welt bisher nicht gesehen, dieser Augenblick wird nur durch einen kurzen Zeitabschnitt von dem Moment getrennt, in welchem der Monarch in die Mauern unsrer Stadt, der Hauptstadt für die polnische Bevölkerung, seinen Einzug halten wird.

Man kann sich der Vermuthung nicht erwehren, daß dieser Augenblick absichtlich gewählt ist, daß zwischen einer so plötzlichen Aktion der Regierung und dem Eintreffen des Monarchen ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Welcher? Auch auf diese Frage giebt es keine Antwort außer „entweder — oder“ und „vielleicht“. Und wenn es auch eine zutreffende Antwort gäbe, so ist es nicht immer angängig, sie zu geben.

Vielleicht wollte man, allgemein gesagt, bei Zeiten einen solchen Hintergrund für den Königsbesuch schaffen, wie er im Interesse des „bedrückten Deutschthums“ erwünscht erschien. Die eine Seite des Hintergrunds soll gemäß der bekannten Apostrophe sprechen „Landgraf, werde hart!“ — während die Farben der anderen Seite sind: „Das sind die an uns gerichteten Wünsche. Das Ganze soll eine Situation schaffen, welche nach der Berechnung der Autoren ihre Hoffnungen und vielleicht auch ihre geheimen Spekulationen verwirklichen, ihre Befürchtungen aber unnötig machen wird.

Um das zu erreichen, hat man ein radikales Mittel in Anwendung gebracht. Aber nicht dieses allein soll das bewirken, um was es sich handelt. Mit dem unheilverkündenden Klange der Viertelmilliarde Mark vereint sich gerade jetzt das charakteristische Echo der Breschener Sache und beide fließen ineinander zu einem allgemeinen harmonischen Ton.

Die Zeitungen haben die bisher unbestrittene Mittheilung gebracht, daß das von einzelnen der in Sachen Breschen Verurtheilten eingereichte Gnadengesuch abschlägig beschieden worden sei. Das Begnadigungsrecht ist ein Privileg der Krone, seine Ausübung jedoch fällt unter die Verantwortlichkeit der Minister. Ungeachtet dessen liegt kein Grund vor, über die von mir erwähnte Thatsache zu diskutieren. Es ziemt sich aber, zu konstatiren, daß diese Thatsache gerade in dem Moment eingetreten ist, welcher den Vorabend zum Eintreffen des Monarchen bildet, und ferner ziemt es sich daran zu erinnern, daß noch im Januar selbst unsre verbissensten Gegner im Landtage wie Dr. Sattler und Sobrecht öffentlich in den Zeitungen und auf der Rednertribüne die Hoffnung geäußert haben, daß die Gnade des Monarchen die Verurtheilten nicht

verfehlen werde. Es scheint doch, daß dies geschehen ist. Auch das wirft ein Licht.

„Landgraf, werde hart!“ Aber wenn das der ursächliche Zusammenhang ist zwischen dem, was soeben geschieht und dem nahe bevorstehenden Eintreffen des Monarchen in den polnischen Landestheilen, wenn es sich dabei um eine entsprechende Gefinnung der polnischen Bevölkerung handelte, so war dieser ganze Bau unnötig.

Ueberflüssig sind in dieser Beziehung die Befürchtungen, vergeblich die Hoffnungen und Spekulationen, unnötig eine so mysteriöse Berechnung. Die polnische Gesamtheit wußte auch ohne diese „Zeichen“, und sie wird es wissen, was sie ihrem Stolz und ihrer Würde und was sie dem Monarchen schuldig ist, wie sie sich in der Situation zu verhalten hat, welche nicht sie hervorrief, welche sie aber ertragen muß. Die Volksgesamtheit wird weder nach rechts noch nach links abirren, und sie wird sich durch nichts von dem geraden Wege abbringen lassen, der ihr durch die Größe eines Leidens gewiesen wird, das auch von seiten der Landsleute keine Verfehlung duldet.

Bernünsteln braucht sie nicht, der Instinkt wird sie leiten, derselbe, welcher den großen Franzosen inspirirt hat, als er den Polen zurief: „Le silence des peuples est la leçon des rois.“

Aus Nr. 117 des Wielkopolanin

vom 23. Mai 1902:

Welche Stellung wird die polnische Fraktion gegenüber den neuen antipolnischen Millionen einnehmen?

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die antipolnische Vorlage angenommen wird. Die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses ist eine derartige, daß die antipolnischen Elemente in ihm das Uebergewicht haben.

Die Opposition des Zentrums wird die Vorlage nicht zum Fall bringen, weil das Zentrum kaum einen energischen Protest dagegen erheben wird, es würde aber auch dann überstimmt werden, wenn es in der schärfsten Weise gegen die Vorlage protestiren wollte.

An dieser Sachlage würden selbst die besten Reden der polnischen Abgeordneten nichts mehr ändern; danach dürfte es genügen, in knapper, aber entschiedener Form zu protestiren und den Saal zu verlassen.

Unserer Meinung nach würde es jedoch besser sein, wenn die polnischen Abgeordneten nicht nur scharf und energisch gegen die Vorlage protestiren, sondern diesen Protest auch eingehend begründen würden, oder wenn sie ihrer Empörung darüber in einer bis an die Grenzen der parlamentarischen Gepflogenheiten gehenden Form Ausdruck verleihen und daraufhin hinweisen würden, daß die durch Traktate und die Konstitution gebundene Regierung uns zu Bürgern zweiter Klasse herabdrückt.

Die polnische Fraktion hat bis jetzt in dieser Angelegenheit noch keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Aus Nr. 119 des Wielkopolanin

vom 25. Mai 1902:

250 Millionen.

wird das preußische Abgeordnetenhaus gegen uns bewilligen, und der Reichskanzler, Herr Graf v. Bülow, hat noch eine ganze Reihe anderer anti-

polnischer Verordnungen im Vorrath, wie dies die deutschen Zeitungen ankündigen.

250 Millionen und eine ganze Reihe antipolnischer Verordnungen — und wir sind nicht einmal erzittert!

Nur Entrüstung macht sich unter uns geltend, daß man Millionen zur Stärkung des Deutschthums bewilligen soll, d. h. zur Verdrängung des Polenthums und daß die Summen, zu denen auch wir beitragen, indem wir Steuern zahlen, gegen uns angewendet werden sollen; die Entrüstung kann sich unserer bemächtigen bei dem Gedanken, daß der offen ausgesprochene Zweck dieser Millionen uns hinabstürzen soll, von denen man die Erfüllung aller staatlichen Pflichten fordert, uns, die wir die staatlichen Pflichten erfüllen, ohne darüber zu murren, daß die erneute Bewilligung von Millionen, daß die Ankündigung neuer antipolnischer Verordnungen das Bürgerthum unserer Landestheile und des ganzen preussischen Staates in zwei Klassen theilt: eine Klasse, welche von diesen Millionen Nutzen haben und aus den Verordnungen Vortheile ziehen soll und die andere, welche man davon zurückdrängt und welche die neuen Verordnungen in eine Ausnahmestellung bringen sollen, in der sie verfolgt wird.

Die erste Klasse sind die Deutschen, zu der anderen gehören wir.

Je mehr Millionen gegen uns bewilligt werden, je mehr Ausnahmegesetze gemacht werden, desto klarer wird es, daß uns der preussische Staat nicht als vollgiltige Bürger betrachtet.

Das ist wohl unangenehm, es kann enttäuschen, doch es sollte uns weder die Kräfte, noch den Geist rauben.

Die neuen Millionen und die neuen Gesetze schaffen keine neue Lage, sondern sie verschärfen die frühere.

Und gerade mit Rücksicht auf die neue, verschärfte Lage ist es für uns von Werth, dieselbe etwas näher zu betrachten.

Die Hoffnungen, das Polenthum mit Hilfe der Millionen der Ansiedelungskommission vollends zu bezwingen, haben sich nicht verwirklicht. Wir haben zwar seit der Entstehung der Ansiedelungskommission viel Land verloren und die Einführung der aller verschiedensten antipolnischen Gesetze erlebt, doch dafür hat sich seit der Zeit dieser Ausnahmegesetze das nationale Selbstbewußtsein in geradezu staunenerregender Weise gehoben; die Liebe zur Arbeit und Sparsamkeit, die Energie des Erwerbs entwickeln sich ständig, und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Aufklärung und politische Reife unter dem Einflusse der Volksschriften und der bürgerlichen Arbeit der Bürger über sich und für sich mit jedem Tage wachsen.

Das alles giebt uns die Ueberzeugung, daß die neu zu bewilligenden Fonds und die neu angekündigten antipolnischen Gesetze uns wohl noch mehr enttäuschen und erbittern, aber nicht lahmlegen werden.

Aus Nr. 242 des Kuryer Poznański

vom 29. Mai 1902:

Vom Hochwürdigen Bischof Sikowski erhalten wir nachstehendes Schreiben:

„Die geehrte Redaktion bitte ich ergebenst, in den Spalten ihres Blattes folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Gewisse Umstände zwingen mich, der geehrten Marien-Bruderschaft (Sodalis Mariana) mitzutheilen, daß ich trotz gegebenen Versprechens die beabsichtigte Pilgerfahrt nach Rom nicht zu leiten vermag und daß ich zu meinem Bedauern mich überhaupt an dieser Pilgerfahrt nicht theilnehmen kann.

Posen, den 28. Mai 1902.

Bischof Sikowski.

Aus Nr. 19 der Praca

Krakau, den 11. Mai 1902.

In der Angelegenheit des „Schwindels“, über welchen wir in der vorletzten Nummer der Praca uns des längeren verbreitet haben, hat Herr Josef Mysielski aus Kobylepole folgenden Artikel veröffentlicht:

„Unter dem Titel: „Schwindel“ hat Nr. 17 der Praca eine sehr scharfe Polemik gegen meinen Artikel über geheime Verbindungen, welchen ich in dem Wielkopolanin geschrieben hatte, gebracht. Der Artikel der Praca ist mit dem bekannten Pseudonym „Bester“ unterzeichnet, welcher Name unsern „Herzliebsten“ (den Deutschen) schon so viel Kopfschmerz verursacht hat. Der Autor nimmt vor allem die polnische Jugend in Schutz, welche dafür empfindlich leiden muß, daß sie, da es nicht anders geht, im geheimen ihre heiligsten nationalen Güter pflegt. Mit diesen Ausführungen des Herrn „Bester“ erkläre ich mich vollkommen einverstanden. Ich war selbst seinerzeit Mitglied ähnlicher Verbindungen, und ich würde meine Söhne verstoßen, wenn sie sich solchen Verbindungen entziehen wollten, nachdem sie das entsprechende Alter erreicht haben; aber was hat denn dies alles mit meinem Artikel zu thun? Ich sprach nur von „geheimen politischen Verbindungen“, welche den Anstrich von „Verschwörungen“ haben, von Verbindungen der Jugend aber, welche Fortbildung in patriotischer Hinsicht oder das Lernen vaterländischer Geschichte pp. zum Zweck haben, habe ich nicht ein Wort erwähnt; es ist mir nicht im Traume eingefallen, diese Vereine in dieselbe Kategorie zu stellen.

Herr „Bester“ glaubt wohl, ich sehe Geister, wo keine vorhanden sind. Ich würde mich ja außerordentlich freuen, wenn meine Befürchtungen unzutreffend wären. Die vielen Anerkennungen aber, welche mir in Folge meines Artikels zugegangen sind, beweisen mir, daß meine Worte zu geeigneter Zeit gesprochen wurden, wenn auch nur als Warnung; Gott gebe, daß diese Warnung überflüssig war.“

Josef Mysielski.

Daß Herr Josef Mysielski sich speziell für den Kopfschmerz unserer „Herzliebsten“ interessiert, ist hier Nebensache; wenn er indessen meint, daß unsere Ausführungen mit seinem Artikel „nichts zu thun haben“, so sind wir gezwungen zu erklären, daß er sich gewaltig irrt.

Herr Mysielski — wir wiederholen es nochmals — hatte die Jugend im Sinne und tritt scharf gegen alle Verschwörungen und geheime politische Verbindungen auf; er tadelt es, wenn die Jugend sich „fremder Gewalt mit Leib und Seele hingiebt, vollkommen dem eigenen Willen entgehend“, wenn sie unsere heilige Sache dadurch entweiht, daß sie einen „blinden Eid“ leistet, alles zu thun, was ihr aufgetragen wird; gerade dies ist leider nur zu sehr geeignet unsere heilige Sache zu profanieren.

Die obigen Worte waren augenscheinlich an unsre großpolnische Jugend gerichtet, und da weder die schlaue preussische Polizei, noch die Staatsanwaltschaft eine solche Verschwörung entdeckt hat, und zwar aus dem einfachen Grunde weil sie nicht existirt, so haben wir es für ungebührlich gehalten, darüber lang und breit zu schreiben, gerade als ob solche „Verschwörungen“ wirklich existirten.

Wir haben den Artikel des Herrn Mycielski auch insofern als „Schwindel“ aufgefaßt, weil unsre Jugend, welche weder verschwörerisch noch revolutionär angelegt ist und einzig und allein aus Liebe zu unsrer Nation und zu unserm Vaterland die Pflicht in sich fühlt, die polnische Geschichte und Literatur, wenn auch im geheimen, kennen zu lernen — durch diese ihr gemachten Vorwürfe vielleicht abgeschreckt werden könnte, eine so edle Beschäftigung, welche jedem polnischen Herzen Bedürfnis ist, weiter zu betreiben. Wenn Herr Mycielski aber einen Unterschied macht zwischen den Vereinigungen der Jugend, die das Fortbilden in der vaterländischen Geschichte zum Zweck haben und zwischen „Verschwörungen und geheim-politischen Vereinen“, so muß er damit auch unsre ganze Jugend ausschließen, welche mit Werken von Mickiewicz, Slowacki oder Sienkiewicz in der Hand nicht die Absicht hat, direkt vor die Krupp'schen Kanonen zu treten. Wen wollte der Autor nun eigentlich angreifen, wenn weder die Polizei noch mit ihr im Verein die Staatsanwaltschaft weder „Revolutionäre“ noch „Verschworene“ entdeckt hat, weil keine vorhanden sind.

Der Autor erwähnt noch die verschiedenen Anerkennungen, welche ihm für seinen Artikel zu theil geworden sind. Wir glauben nicht, daß er dies gesagt hat als Argument dafür, daß er Recht hat; wir erwähnen aber kurz, daß unserer Ansicht nach auch selbst die zahlreichsten, ihm zu theil gewordenen Beweise von Anerkennungen unsrer Jugend kaum besondere Freude bereiten würden.

Besten.

Aus Nr. 118 des Goniec Wielkopolski

vom 24. Mai 1902:

Der Boykott der Sakatisten.

Es liegt uns eine Broschüre in der Form eines Notizbuches in einem dicken dunkelbraunen Deckel mit der goldenen Aufschrift vor: „Deutsche Geschäfte in Rosen“. Auf der zweiten Seite lesen wir: „Deutsche Geschäfte in Rosen. Anhang: Polnische Geschäfte mit deutschen Namen.“ „Geschäfte, die auf den Firmenschildern vor dem Namen des Inhabers das Wort „Właściciel“ „Inhaber“ führen, sind gewöhnlich polnisch.“ Die Broschüre mußte eigentlich eingezogen werden, denn sie enthält weder den Namen des Verlegers, noch denjenigen des Herausgebers und Druckers. Wer sie jedoch herausgegeben hat, geht aus einer Notiz auf der zweiten Seite hervor, welche lautet: „Diese Geschäftsliste ist unentgeltlich zu haben in der Geschäftsstelle des Deutschen Ostmarkenvereins in Rosen, Viktoriastraße 23. Dort werden auch Erklärungen zum Eintritt in den Ostmarkenverein angenommen.“

Die Sakatisten haben also die Broschüre herausgegeben, deren Zweck klar ist, nämlich die Boykottirung polnischer Industrieller und Kaufleute. Mit derartiger Arbeit befassen sich die Sakatisten! Und was thun wir angesichts eines solchen Boykotts? Haben wir irgend einen Verein, einen Ausschuß oder ein Komitee zum Schutze der polnischen In-

dustrie und des polnischen Handels? Geben wir uns Mühe, einen Schutz zu organisiren? Ziehen wir in Erwägung, wie und was wir thun sollen? Die Industrievereine müßten sich der Sache annehmen! Einem derartigen geradezu skandalösen Boykott der Sakatisten gegenüber dürfen wir nicht nach Straußenart den Kopf in den Sand stecken, sondern wir müssen handeln. Wir müssen einen Ausschuß wählen, welcher sich damit befassen wird, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den bedrückten polnischen Handel und die Industrie zu schützen. Wir behaupten nicht, daß es durchaus nöthig sei, in die schönen Fußstapfen der Sakatisten zu treten, doch müssen wir solche Mittel finden, welche das schön klingende Loosungswort „Jeder suche die Seinigen auf“ zur That werden lassen.

Aus Nr. 122 des Ogródownik

vom 29. Mai 1902:

Man theilt uns mit, daß Herr C., dem nach seinem Sohne bange geworden war, welcher wegen einer geringen Uebertretung eine Gefängnißstrafe in Bronke verbüßt, zu Pfingsten eine Besuchsreise angetreten hatte, in der Hoffnung, daß er sich mit seinem Sohne werde aussprechen können. Es wurde ihm natürlich Einlaß in das Gefängniß gewährt, doch als der Beamte hörte, daß die Unterredung in polnischer Sprache geführt wurde, gebot er dem Vater, mit dem Sohne *deu ts ch* zu sprechen.

Weil aber der Vater kein Wort deutsch kann, mußte er zu seinem Bedauern den Sohn verlassen, ohne mit ihm gesprochen zu haben. Die polnische Sprache wird also Gott sei Dank in den Gefängnißmauern nicht mehr erklingen brauchen. Dieses Privileg überlassen wir recht gerne der deutschen Sprache.

Aus Nr. 114 des Lech

vom 22. Mai 1902:

Aus der Stadt.

Die Grundsteinlegung zum hiesigen katholischen Schulgebäude fand in wenig katholischer Weise statt; von Katholiken war nur einer anwesend und zwar der Rektor. Dagegen zwei Evangelische, der Kreis-Landrath und der Bürgermeister. Von der Geistlichkeit war niemand geladen; so hat also das Fundament der zukünftigen katholischen Schule eine Weihe im Sinne der katholischen Religion nicht erhalten; dies ist eine schlimme Vorbedeutung — das Schlimmste dabei ist, daß man durch ein solches Verfahren die katholische Kirche in unangemessener Weise hintenansetzt, für welche auch das preussische Gesetz im § 24 vorschreibt: „Bei Errichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.“ Wahrlich, eine nette Berücksichtigung der katholischen Kirche, wenn sie bei einem so wichtigen Akt ganz außer Acht gelassen wird! Unsre Steuern für die Schule müssen wir zahlen und die 100 000 Mark, welche zum Schulbau nöthig waren, stammen doch auch von unserm Gelde. Wie die Saat, so die Ernte; es ist wenig schön, wenn die Beamten, welche an der Spitze einer hauptsächlich aus Katholiken bestehenden Gemeinde stehen, die katholischen Gefühle der Leute so gering achten. Bei den nächsten Wahlen zum Schulvorstand wird die Bürgerschaft nicht verfehlen, auf ein solches Verhalten die gebührende Antwort zu geben.

Aus Nr. 107 des Lech
vom 18. Mai 1902:

Den Mitgliedern des Kreistages

bringen wir nochmals die Angelegenheit in Erinnerung, welche das Verbot polnischer Anzeigen im Inseratentheil des Gnesener Kreisblattes behandelt. Wir wenden uns an die Herren: Chelniczki aus Bafzowo, Bychliński aus Modliszewo, Tomaszewski aus Dziadkow, Wiedrowski aus Miłzki, Pongowski aus Lubowice, Szuldrzynski aus Lubowiczki, Walter aus Dziecniarki und Urbanowski aus Turostowo. Es wird Sache dieser Herren sein, sich mit einander ins Einvernehmen zu setzen, und gemeinschaftlich gegen diesen vollkommen unbegründeten Angriff auf unsre Sprache vorzugehen, deren Anblick sogar im Inseratentheil gewisse Augen nicht ertragen können. Es ist möglich, daß der Vorsitzende des Kreistages, der Landrath, diese Angelegenheit nicht zur Diskussion zulassen wird, mit der Begründung, daß dieselbe nicht auf der Tagesordnung steht und daher bitten wir, einer der obengenannten Herren möchte schon jetzt einen Antrag beim Kreislandrath stellen, die Angelegenheit wegen Verbots polnischer Anzeigen im Inseratentheile des Kreisblattes auf die Tagesordnung des nächsten Kreistages zu setzen. Es wäre am besten, wenn die polnischen Mitglieder des Kreistages, jeder für sich, ohne Rücksicht auf einander zu nehmen, sogleich einen solchen Antrag bei dem Kreislandrath stellten. Je mehr solcher Anträge einlaufen, desto besser, und desto mehr ist Aussicht vorhanden, dieses monströse Verbot wieder aufgehoben zu sehen. Der Kafatismus wird ja allerdings hervorheben, daß in einem amtlichen Blatte kein einziges polnisches Wort, ja nicht einmal ein lateinischer Buchstabe vorkommen darf, sondern nur lauter „Schwäbisch“ (im verächtlichen Sinne für „Deutsch“). Der Kafatismus meint, daß derjenige, welcher polnisch anzeigt, daß er Hen oder ein Schwein zu verkaufen hat, schon großpolnische Agitation treibt, und die Einwohner gegeneinander aufhetzt.

Aus Nr. 119 des Goniec Wielkopolski
vom 25. Mai 1902:

Sch r i m m.

Am vergangenen Mittwoch war ich Zeuge eines Vorfalls, welcher ein grelles Licht auf die jetzigen elenden Zustände in Schrimm wirft. Als der Schützenkönig in die Stadt eingeführt wurde, spielte die, natürlich aus Deutschen zusammengesetzte Musikkapelle, aus voller Kraft: „Ich bin ein Preuße.“ An der Spitze des Schützenzuges wehte eine grüne Fahne mit dem preußischen Adler. Zum Schluß ertönte in der Stadt selbst von dem Rathhause das deutsche Kommando. Die Schützengilde in Schrimm besteht aber fast ausschließlich aus Polen. Ein derartiges Verhalten unserer Landsleute ist wahrhaftig verdammenswerth.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka
vom 22. Mai 1902:

Aus der Oborniker Gegend.

theilt uns ein Korrespondent mit, in der dortigen Gegend schwinde der Glaube unsrer Vorfäter immer mehr, die polnische Sprache aehne zurück und die Germanisirung breite sich aus, sodaß das Luther-

thum dort reiche Ernte halte. Dort hört man zum größten Theile besonders bei den Schulkindern kein Wort polnisch, und auf polnische Fragen antworten sie deutsch. Beim Gange aus der Schule grüßen sie nicht polnisch, sondern „Guten Morgen!“ „Guten Tag!“

Nicht besser geht es im Kreise Schwerin zu. Es giebt dort Dörfer, wo die Kinder sogar den Martin Luther im Lesebuch haben, z. B. in Przependowo bei Mur. Goslin. Dort gehen die katholischen Kinder in die lutherische Schule und sie haben im Lesebuch das Bild und die Lebensbeschreibung Luthers. Daraus kann man sich überzeugen, was das für Eltern sein müssen. Denn würde ein rechtschaffener katholischer Pole gleichgültig mit ansehen, daß die Kinder solche Bücher mit nach Hause bringen und sich verdeutschen? (Es gilt, solche Bücher dem Herrn Propst vorzulegen, wie das i. J. eine gewisse polnische Mutter in einer anderen Ortschaft im Posen'schen gethan hat. Der Propst wird untrüglich eine Beschwerde an die Regierung richten. Sene Beschwerde hatte den erwünschten Erfolg, denn die Regierung hat von dieser Zeit ab verboten, solche Bücher an katholische Kinder zu vertheilen. Red.) Nicht genug damit, gegen den Herrn Propst in Goslin soll ein Prozeß deswegen angestrengt worden sein, weil er den Kindern im Beichtunterricht untersagt haben soll nach lutherischer Art zu beten: „Dein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit.“

Daraus ist zu ersehen, wie das Lutherthum sich dort breit gemacht hat und welchen Druck es auf die Katholiken ausübt. Und alles das sehen die hiesigen Katholiken gleichgültig mit an und sie verdeutschen und verluthern sich freiwillig.

Aus Nr. 114 des Dziennik Kujawski
vom 22. Mai 1902:

An den Verein der häuslichen Selbsthilfe.

Dem Bericht über die Arbeiterversammlung in Posen hatten wir eine Bemerkung hinzugefügt, des Inhalts, daß es erwünscht wäre, daß der Posener Verein „Samopomoc“ („Selbsthilfe“), welcher sich die Verbreitung von polnischen Elementarbüchern angelegen sein läßt, ebenso auch der neu errichtete „Zwionzek Narodowy“ („National-Verein“) ihre Thätigkeit auf die Orte der Provinz ausdehnen möchten, wo ein Bedürfniß hierzu vorhanden ist, also auch auf Inowrazlam.

Der Drendownik schreibt darüber:

Der Dziennik Kujawski lenkt in einem Artikel, welcher die Lage unseres Volkes in den Ostmarken behandelt, die Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit, die häusliche Selbsthilfe, welche Verbreitung von polnischen Elementarbüchern zum Zweck hat, auch auf das ganze Großherzogthum Posen auszu dehnen; er hatte dabei den Verein „Samopomoc“ in Posen im Sinne. Der Gedanke an sich ist gut, auszufehen daran wäre nur das, daß der Dziennik Kujawski hier dem Zentralisiren das Wort redet, er meint, die Posener „Samopomoc“ selbst solle ihre Thätigkeit auf die ganze Provinz ausdehnen.

Posen verfügt ja allerdings über gewichtigere, nationale Vertheidigungsmittel, als andere Städte, dennoch sind wir nicht für Zentralisation, denn sie widerstreitet dem ganzen Wesen der allgemeinen Volksbewegung. Nach unserer Meinung müßten wir unserer Vertheidigung und unserem Widerstand nicht so sehr eine Zentralisirung, als vielmehr eine Dezentralisirung in der Thätigkeit aller Betheiligten

zu Grunde legen, in den Bestrebungen derer, welche in nationaler Beziehung und als gute, polnische Bürger thätig sein wollen, und hierzu auch Kraft genug in sich fühlen. Man muß heute bei dem Grundsatz festhalten: „Der Kopf ist der Verstand, ein thätiger Bürger ist die Macht!“

Nachdem diese Frage von dem Dziennik Kujawski angeregt worden war, mußte sich unsere Volkspresse derselben annehmen.

Prinzipiell würden auch wir der Dezentralisierung zustimmen, welche uns schon deshalb genehmer ist, als sie Selbstständigkeit und Verstandniß für unsere Interessen voraussetzt, während die Zentralisation mehr von einer Unfähigkeit der Kreise, auf welche sie sich erstreckt, zeugt. Selbständig gebildete Vereine, das sind natürliche Produkte des betreffenden Bodens, welche auf örtlichen Verhältnissen gegründet sind, sie lassen eine günstige Entwicklung erhoffen; Vereine aber, welche von der Zentrale auf fremden Boden verpflanzt sind, das sind künstlich gezogene Ableger, welche nicht angehen können; daher liegt es uns hier weniger an dem Prinzip, als an dem Wesen der Sache.

Es erscheint ganz natürlich, daß der Posener Verein, welcher zu dem Zweck gegründet worden ist, die Kenntniß der polnischen Sprache mit Hilfe verteilter Elementarbücher zu fördern, eigentlich die Pflicht hätte, seine Aufmerksamkeit auf die Gegenden der Provinz zu lenken, wo ein solcher Verein nöthig wäre, aber noch nicht ins Leben getreten ist; der Posener Verein mußte nun die Initiative ergreifen, auch dort solche Vereine zu begründen; mit gutem Willen wäre dies ja auch nicht so schwer, das Komitee mußte in verschiedenen Gegenden des Großherzogthums Posen Korrespondenten anstellen, welche es über den Stand der Dinge an ihrem Ort orientiren. Wenn sich irgendwo das Bedürfniß für Begründung eines derartigen Vereins herausstellte, die Mittel am Ort aber dazu nicht ausreichten, so mußte das Komitee agitiren und bei Begründung des Vereins mit Hand anlegen; es ist dabei durchaus nicht nöthig, daß dieser neu gegründete Verein sich als Filiale des Posener Vereins betrachtet, er könnte völlig getrennt von ihm bestehen. Es handelt sich hier also nicht um Zentralisierung, sondern darum, solche Vereine der Selbsthilfe dort einzurichten, wo noch keine sind, wo aber füglich welche sein müßten, ob diese Vereine mit dem Posener in Verbindung zu treten hätten, oder nicht, das ist hier Nebensache, und hängt von den jeweiligen örtlichen Verhältnissen ab. In einzelnen Fällen dürfte es sich als vorthellhaft erweisen, daß der Posener Verein für den neu angelegten in verschiedener Beziehung sorgte, ihm hilfe und ihn kontrollirte; in größeren Zentren dagegen wäre dies unnöthig.

Wir halten es nicht für praktisch, von vornherein darüber zu berathen und schon jetzt deshalb zu streiten. Vorerst sollte der „Verein der Selbsthilfe“, unsere „Berufsassociation“ und unsere anderen Vereine im Großherzogthum Umschau halten, sich orientiren und suchen, ihrer Idee überall Eingang zu verschaffen und das Publikum für ihre Zwecke zu gewinnen.

Was den Verein „Samopomoc“ speziell anbetrifft, so wäre es, so weit wir aus der Ferne beurtheilen können, erwünscht, wenn er mit unserem Verein „Volksaufklärung“ in Verbindung träte und mit ihm gemeinschaftlich arbeitete. Wegen der großen Zahl der Vereine in unserer verhältnismäßig kleinen Gemeinschaft, sowie auch aus anderen Gründen, schläft das Interesse für viele dieser Vereine mit der Zeit ein, und sie prosperiren nicht;

durch gemeinschaftliche Thätigkeit würde daher hier ein Zersplittern der Kräfte vermieden werden; beide Vereine würden dadurch nur an innerer Kraft und an Geltung gewinnen.

Aus Nr. 110 des Dziennik Kujawski
vom 16. Mai 1902:

Grober Unfug.

Aus der Stadt schreibt man uns:

Wie bekannt, wurde im Jahre 1898 Herr M. Dutkiewicz vom Schöffengericht zu 30 Mark Strafe verurtheilt, weil er in seinem Schaufenster Broschen und Ohrringe mit polnischen Wappen ausgestellt hatte; ebenso wurde der Dziennik Kujawski zu derselben Strafe verurtheilt, weil er die Annonce, in welcher Herr M. Dutkiewicz Schmucksachen mit diesen gefährlichen Abzeichen anpreist, aufgenommen hatte. Obgleich diese Angelegenheit mehrere gerichtliche Instanzen durchgemacht hat, weil die Angeklagten Berufung eingelegt hatten, so wurde doch das erste Urtheil des Schöffengerichts bestätigt, mit der Begründung, daß das Ausstellen von, mit polnischen Adlern verzierten Gegenständen das patriotische Gefühl der Deutschen unangenehm berühre; die kleine Aufschrift: „Gott befreie Polen!“ aber den Wunsch erkennen lasse, den früheren Theil Polens vom preußischen Staate loszureißen. — Der Kujawische Bote hat nun, aus obigem Urtheil Kapital schlagend, in einer langen und breiten Korrespondenz über diesen Gegenstand den Herrn M. Dutkiewicz als einen staatsgefährlichen Menschen hingestellt. Aus dieser Korrespondenz war eine besondere Reflame für Herrn M. Dutkiewicz (ironisch) hinsichtlich seiner deutschen Kundschaft ersichtlich; wunderbar bleibt es immerhin, daß derselbe Kujawische Bote und sein Vertreter Herr Radler, welcher seiner Zeit in dem Prozeß gegen Herrn M. Dutkiewicz und den Dziennik Kujawski als Zeuge aufgetreten war, weil er sich bei Anblick der polnischen Adler in seinem patriotischen Gefühl verletzt gefühlt hatte, jetzt dieselben Adler in dem Schaufenster des deutschen Uhrmachers Schulz nicht sehen, oder nicht sehen wollen; wahrscheinlich nur deshalb, weil diese Gegenstände bei einem deutschen Gewerbetreibenden ausgestellt sind, welcher an den polnischen Adlern auch eine Kleinigkeit zu verdienen hofft, und zwar von der immerhin noch gutmüthigen, polnischen Kundschaft, welche, wie die Kafatisten behaupten, die deutschen Geschäfte so eifrig boykottirt.

Aus Nr. 107 des Dziennik Kujawski
vom 13. Mai 1902:

Von den Ufern der Neße wird uns aus zuverlässiger Quelle berichtet:

Am Donnerstag, am Himmelfahrtstage, verlud der Administrator des von der Kolonisations-Kommission erworbenen Gutes Rosko, Herr Rade, auf dem dortigen Bahnhofs Schweine. Es waren mit dieser Arbeit katholische Arbeiter beschäftigt, welche auf dem genannten Kolonisationsgute ständig als Knechte beschäftigt sind; wir hoffen, daß die zuständigen Behörden darauf ihr Augenmerk richten werden, daß solche Arbeiten, welche dem religiösen Gefühle dieser katholischen Leute zuwider sind, in Zukunft an Feiertagen unterbleiben.

Aus Nr. 115 des Dziennik Kujawski
vom 13. Mai 1902:

Aus Krone schreibt man dem Bromberger Tageblatt:

Es ist anzunehmen, daß das rein polnische Dorf Wilcze bei Krone ganz deutsch werden wird. Es geht das Gerücht, daß der Besitzer Frydrychowicz seine circa 2000 Morgen umfassende Besitzung an die Kolonisations-Kommission verkauft hat; ebenso sollen die Herren Zientek und Siuda ihre Wirthschaften, welche circa 350 Morgen groß sind, auch Herr Dombrowski sein Gut mit 800 Morgen an die Kolonisation verkauft haben. Wilcze hat nur Weizen- und Rübenboden, Brennerei und Molkerei. Daß diese Nachrichten, sagt der Korrespondent, auf die Polen in hiesiger Gegend deprimirend wirken, ist wohl klar. Der deutsche Landwirth ist dem Polen in jeder Beziehung überlegen, er vergißt niemals, daß die Lage der Landwirthschaft eine schwierige ist und daß der Landwirth heutzutage sparsam sein und sich einschränken muß.

Für gewöhnlich wird gesagt, der polnische Bauer hätte über den deutschen Landmann das Uebergewicht und zwar hauptsächlich deshalb, weil er sparsam und arbeitsam ist und weil seine Bedürfnisse gering sind. Solche Ansichten werden die Deutschen nur so lange verbreiten, als es ihnen daran gelegen ist, unter dem Publikum die Meinung zu erwecken, daß sie von den Polen unterdrückt werden. Wenn, alle oder der größte Theil der Polen, ihr Besitzthum losgeworden sein wird, dann werden die Deutschen, wie auch dieser Korrespondent aus Krone, sagen, daß die Polen unfähig und verschwenderisch seien und in jeder Beziehung niedriger ständen als die Deutschen; ein solcher Vorwurf trifft jetzt schon die Wirthschaft aus Wilcze, welche sich ihres Landes schon entäußert und dasselbe an die Kolonisation verkauft haben.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 62 der Gazeta Gdańska
vom 24. Mai 1902:

Betrifft die neue Polenvorlage.

Wir knüpfen hieran (d. i. an die Angabe des wesentlichen Inhalts der Vorlage) einige Bemerkungen und wiederholen zunächst das unterm 6. März Gesagte:

„Dieser Gesetzentwurf ist gewissermaßen der Landsturm, den Preußen gegen uns aufbietet. Vor nicht langer Zeit hat man jene zweiten 100 Millionen zum Aukauf unseres Bodens beschlossen, und heut fordert man schon 250 Millionen, man will uns also augenscheinlich mit einem Male erdrücken. Der Appetit ist beim Essen ungeheuer gewachsen.

„Nicht erst mit dem Beschluß des Landtages, heut schon mit diesem Gesetzentwurf tritt die preußisch-polnische Sache in eine neue Epoche ein. Heut schon hat man die letzten Brücken zwischen uns abgebrochen, nur den gesetzlichen Zusammenhang bestehen lassend, und man hat die letzte Hoffnung auf Eintracht zerstört. Dieser Gesetzentwurf erläutert die ganze preußische Geschichte und reicht für sich allein hin, die preußisch-polnischen Verhältnisse kennen zu lernen.

Auch heut können wir über den Charakter und die Bedeutung dieses Gesetzentwurfs nur dasselbe sagen. Zwischen uns und den Preußen ist nur der

gesetzliche Zusammenhang übrig geblieben. Wir sind Unterthanen, nichts weiter. Wir werden die Gesetze beachten, selbst die Ausnahmegeetze, aber damit ist es abgethan.

Es fallen uns die Judasworte ein, welche der alte Miquel an uns, vielmehr gegen uns gerichtet hat: „Wir werden nicht eher ruhen, bis Ihr uns lieb gewonnen haben werdet!“ Denn er liebte uns ungeheuer! Schade, daß Herr v. Miquel gestorben ist, wir würden ihn jetzt ersucht haben, die Harfe vom Nagel zu nehmen und uns den Sehnsuchts-walzer aufzuspielen. Dieser Moment wäre der passendste, und Herr v. Miquel würde so schöne Töne zu produziren wissen. Auf unsere Abgeordneten fällt eine schwere Last. Sie müssen ihre Betrübnis und ihren Aerger überwinden, die Situation beherrschen und der großen Bedeutung des Augenblicks entsprechende würdige Worte sprechen. Das kann nicht der erste Beste. Unseres Erachtens ist die Aufgabe der Abgeordneten eine doppelte: Sie haben (den Gegnern) die Heuchlermaske herabzureißen und den wahren Gedanken, sowie die wahren Beweggründe des Entwurfs nachzuweisen. Zweitens haben sie die Bedeutung darzustellen, welche dieser Moment in der Geschichte unseres Verhältnisses zu Preußen besitzt.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka
vom 20. Mai 1902:

Aufklärung für das Volk durch das Volk.

Nicht lange ist es her, als verschiedene Leute sagten, das oben verzeichnete Lösungswort sei eine Dummheit, es sei doch ein Unding, daß das Volk selbst an der Förderung der Aufklärung unter sich arbeiten könne, und dennoch ist die Entwicklung der Gazeta Grudziadzka ein Beweis dafür, daß das polnische Volk arbeiten kann und will, und daß es in erstaunlicher Weise an der Förderung der Aufklärung unter sich arbeitet.

Nach der notariellen Bescheinigung vom 12. April betrug die Zahl der Abonnenten der Gazeta Grudziadzka im 1. Vierteljahre 1902 insgesammt 38 397, — (die vollständige Auflage belief sich auf 40 und einige Tausend.) In 7½ Jahren hat sich also die Gazeta Grudziadzka eine Abonnentenzahl erworben, welche sich bisher kein polnisches Blatt, sei es im preußischen oder im russischen Landestheil, auch nicht einmal hat träumen lassen. Es verlohnt sich jedoch, anzusehen, wie sich die Gazeta Grudziadzka seit dem Augenblick ihrer Gründung entwickelt hat. Am 1. Oktober 1894 erblickte die Gazeta Grudziadzka das Tageslicht und sie wurde am ersten Tage in 556 Exemplaren verbreitet. Am Schluß des 4. Quartals 1894 waren Abonnenten 900

„	„	„	1.	„	1895	„	„	1190
„	„	„	„	„	1896	„	„	2570
„	„	„	„	„	1897	„	„	3488
„	„	„	„	„	1898	„	„	4714
„	„	„	„	„	1899	„	„	6916
„	„	„	„	„	1900	„	„	13217
„	„	„	„	„	1901	„	„	24312
„	„	„	„	„	1902	„	„	38397

Im laufenden Vierteljahr beträgt die Zahl der Abonnenten zwar nur 33000 und einige 100, denn ein paar Tausend Säumige finden sich immer, denen es scheint, daß sie im Sommer zum Lesen keine Zeit hätten.

So mancher wird angesichts einer solchen für unsre polnischen Verhältnisse außerordentlichen Entwicklung fragen, wer eigentlich deren Urheber sei. Und da können wir mit der Hand auf dem Herzen sagen: „Mit Gottes Willen das polnische Volk und nur das polnische Volk!“

Ein ungeheurer Bildungsdurst hat sich heut unfres lieben polnischen Volkes bemächtigt, da es begriffen hat, daß diese Aufklärung ihm sehr noththut, wenn es katholisch und polnisch bleiben soll. Darum fühlt sich das Volk förmlich zum Lesen von Zeitungen hingerissen. Aber nicht genug damit, Jedermann aus dem Volke, der auch nur ein Jahr lang die Gazeta Grudziondzka gelesen hat, versteht sofort, daß es nicht genügt, wenn er sie liest, sondern daß es seine Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß auch sein Nachbar, sein Bekannter, der bisher noch kein Blatt gelesen hat, sich die Gazeta Grudziondzka abonnire. Er begreift, daß wir uns nur dann nicht verdeutschten und verpreußen werden, wenn wir alle wie ein Mann eine polnische Zeitung in Händen haben werden, und darum sucht er den ungebildeten und schlafenden Bruder zur nationalen Aufklärung zu wecken. Auf diese Weise werden allmählich alle Abonnenten der Gazeta Grudziondzka gleichzeitig die fanatischsten Agitatoren für ihre Verbreitung und warme Arbeiter am Werke der Förderung der auf das Fundament des hl. Glaubens gestützten polnischen Aufklärung unter den noch ungebildeten Brüdern.

Und so manches Mal haben wir gesehen, daß unter den Abonnenten der Gazeta Grudziondzka sich geradezu rührende Sachen zutragen. Arme Leute gaben eine Mark her und bestellten die Gazeta Grudziondzka für noch ärmere. Solche Leute, welche kaum das tägliche Brot verdienten, haten uns, ihnen wenigstens einige Exemplare der Gazeta Grudziondzka zu schicken, um sie unter die noch nicht Lesenden zu vertheilen, und für diese Postsendungen übersandten sie die Briefmarken. Ja, es haben sich sogar Leute gefunden, welche das Geld zur Bezahlung der doppelten Notationsmaschine einschicken wollten, die wir deshalb aufgestellt haben, um recht viel Zeitungen drucken zu können. Dank für so viel guten Willen, dank den eifrigen Bemühungen der eigenen Leser mußte die Gazeta Grudziondzka schließlich zu der jetzigen Entwicklung gelangen, darum können wir mit Recht und zum Lobe unseres lieben Volkes sagen, daß das polnische Volk der Urheber der Entwicklung der Gazeta Grudziondzka ist.

Es wird aber vielleicht so mancher fragen: „Weshalb fühlte sich unser Volk gerade zu der Gazeta Grudziondzka so sehr mit dem Herzen hingezogen, obgleich sie eigentlich die jüngste von allen Zeitungen ist? Es giebt doch Blätter, welche ein Duzend und mehr, ja, Zehner von Jahren existiren, und dennoch haben sie nicht den zehnten Theil der Abonnenten der Gazeta Grudziondzka!“

Augenscheinlich sagt die Gazeta Grudziondzka dem Volk am meisten zu, denn sie berücksichtigt am meisten die Bedürfnisse desselben und weiß am besten zu seinem Verstand und zu seinem Herzen zu reden. Und was das Wichtigste ist, es scheint, daß die Gazeta Grudziondzka sich am eifrigsten und am aufrichtigsten daran gemacht hat, die Aufklärung unter dem Volke zu fördern. Das Volk weiß das und darum hegt es dem Blatte gegenüber große Dankbarkeit und es sorgt warm für seine Verbreitung.

Unser polnisches Volk hat eine merkwürdig feine Nase und es erkennt sehr leicht, ob ein Verleger in der That vor Allem die Förderung der Aufklärung im Auge hat, oder ob es demselben vor Allem darum sich handelt, sich die Tasche mit Markstücken vollzupropfen. Darum hat das polnische Volk auch unsern Verleger, Herrn Kulerski, gut erkannt, und es unterstützt mit Begeisterung und aus allen Kräften dessen Bestrebungen, die darin bestehen, um jeden Preis, und sei es auch unter Aufwand der größten Kosten, die Gazeta Grudziondzka in jede Hütte zu besorgen, wo man bisher keine Zeitung liest. So ist es, unser Verleger ist

bisher seinem Vorsatz treu geblieben, aus der Gazeta Grudziondzka keine Milchkuh für sich, sondern aus ihr einen sehr mächtigen Faktor auf dem Gebiete der Volksbildung zu machen. Herr Kulerski ist bisher seinem Entschluß treu geblieben, selbst in den verlassensten Winkel des polnischen Landes vorzudringen und in jeder Hütte eine Fackel der Bildung zu entzünden. Diesem Zwecke hat unser Verleger bisher alljährlich seine sämtlichen sehr bedeutenden Einkünfte geopfert, die ihm aus dem Verlage zufließen. Indem er seine Lebensbedürfnisse aus den bescheidenen Einkünften bestreitet, die ihm sein „polnisches Haus“ in Zoppot bietet, wird er auch weiterhin so verfahren, bis er das Ziel erreicht haben wird. Das weiß nun das polnische Volk, und daher stammt dessen unermessliche Begeisterung bei der Ausbreitung der Gazeta Grudziondzka.

Und obgleich jetzt, wie gewöhnlich im Sommer, die Abonnentenzahl einige Tausend weniger beträgt, so sind wir überzeugt, daß das polnische Volk die Gazeta Grudziondzka im Winter zu einer noch erstaunlicheren Entwicklung bringen wird, umsomehr, als es gilt, den Preußen noch die Antwort auf die 12 Monate Gefängniß zu geben, zu welchen unser Redakteur, Herr Rozanowicz, verurtheilt worden ist. Und wenn man jetzt erwägt, daß der Verleger der Gazeta Grudziondzka und seine Mitarbeiter Söhne des Volkes sind, wenn man erwägt, daß die Entwicklung der Gazeta Grudziondzka in der That ein Werk des Volkes ist, so wird Jedermann zugeben, daß die Losung „Aufklärung für das Volk durch das Volk“ keine leere Phrase ist, sondern daß sie verwirklicht wurde.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka
vom 22. Mai 1902:

Noch einige Worte in Sachen der Entwicklung der Gazeta Grudziondzka.

Wir haben nachgewiesen, wie die Zahl der Abonnenten unserer Gazeta Grudziondzka im Laufe von 7½ Jahren von 556 allmählich unerhörter Weise gewachsen ist, bis sie im ersten Quartal des laufenden Jahres die Höhe von über 38 000 erreichte.

Hier möchten wir zur besseren Würdigung und zum Verstehen der Arbeit des Verlegers der Gazeta Grudziondzka Herrn Kulerski, jene Summen anführen, die er aufgewandt hat, um das Blatt zu vertreiben.

Im Jahre 1896 etwa	1000	Mark
" " 1897 "	2000	"
" " 1898 "	4000	"
" " 1899 über	7000	"
" " 1900 "	15 000	"
" " 1901 "	22 000	"

Was das laufende Jahr anbetrifft, so wird die zwecks Verbreitung der Gazeta Grudziondzka ins Werk zu setzende Agitation über 50 000 Mark kosten.

Aus obiger Zusammenstellung geht hervor, daß der Verleger der Gazeta Grudziondzka die immer größeren Einkünfte aus dem Verlagsunternehmen dazu verwendet, immer größere Ausgaben zu machen zwecks Verbreitung des Blatts und Förderung der Aufklärung unter dem Volke.

Diese Arbeit des Verlegers der Gazeta Grudziondzka sollte ihm Anerkennung seitens aller Aufgeklärten einbringen, welche fähig sind zu verstehen, daß polnisch-katholische Bildung die beste Schützerin unseres Volkes vor der lutherischen preussischen Kultur ist.

So sollte es scheinen, und dennoch finden sich Leute, welche es unserem Verleger förmlich übelnehmen, daß er so wirksam die Aufklärung unter dem Volke zu fördern weiß.

Und was das Ungeheuerlichste und Häßlichste ist, solche Leute finden sich unter den polnischen Verlegern neuesten Datums, welche in ihrem eigentlichen und ursprünglichen Beruf ebenso wenig gethan haben, wie sie jetzt als Verleger thun.

Und solche Leute reißen unaufhörlich den Verleger der Gazeta Grudziöndzka herunter, und wofür? Nun, weil er arbeitet, sie aber wollen und lieben nicht zu arbeiten, und ferner wofür? Weil der liebe Gott seine Arbeit reichlich lohnt, ihnen aber ohne Arbeit die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen mögen. Es ist das also weiter nichts, als niedrige, erbärmliche Mißgunst, für diese Leute giebt es nur eine Antwort: „Ihr Reider, macht wenigstens zum zehnten Theile das, was bisher der Verleger der Gazeta Grudziöndzka gemacht hat, dann werdet Ihr Euch vielleicht überlegen können, welchen Werth diese Arbeit hat.“

Aus Nr. 60 der Gazeta Gdańska

vom 18. Mai 1902:

An den Aufruf

betreffend die angebliche „Verhuzung“ der polnischen Sprache in der Kirche von Seiten deutscher Geistlicher (siehe vorige Nummer des Gesamtüberblicks) knüpft die Gazeta Gdańska folgende Bemerkung:

„Obiger Aufruf ist in allen unseren westpreussischen Zeitungen abgedruckt worden. Und mit Recht. Die ganze Diözese hat nämlich ein Interesse daran, daß die eigenen Geistlichen sie nicht hintersitzen und die Würde der polnischen Nation sowie der Kirche Gottes gemäß den regierungsseitigen Bestrebungen herabsetzen.“

Pfarrer Prof. Domanski, welcher dem Propst Rosentreter im geistlichen Seminar in Pöplin seinen Platz abgetreten hat, gab manchen Klerikern die schlechtesten Prädikate im Polnischen, denn sie hatten nicht polnisch sprechen gelernt. Aber gleichwohl hat man sie zu Geistlichen ausgeweiht und überwiegend in polnische Gegenden geschickt.

Wir sind keine Herde Schafe, die sich treiben ließe nach dem Willen der Regierung. Wir verlangen, daß namentlich die Geistlichen unsere Sprache achten, in welcher wir beten. Und das verlangt auch die heilige Kirche.

Wie bei anderer Gelegenheit, so heben wir auch jetzt hervor, daß man nicht glauben und vertrauen soll, wenn jemand etwas erzählt, sondern daß man genau und verständig entsprechend der Gesinnung des Erzählenden prüfe, ob und inwieweit das wahr ist, was er spricht. Möge er dann das, was er bestimmt als wahr bezeichnet, selbst unterschreiben. Wir werden es nicht in die Zeitung aufnehmen, sondern einem gewissen geachteten Geistlichen zuschicken, damit derselbe das Erforderliche thue.

Aus Nr. 115 der Gazeta Toruńska

vom 21. Mai 1902:

Die Verhältnisse in der Diözese und die polnische Presse.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben.

Oft wirft man uns von gegnerischer Seite vor, der Ton unserer Presse sei gewalthätig und beleidigend. Es ist ohne Zweifel leicht, sich aus dem Zusammenhang gerissene Stellen in oft fehlerhafter

Uebersetzung zusammenstellen zu lassen, und sie dann als den Ausdruck der Gesinnung der ganzen polnischen Bevölkerung anzugeben. Man sieht, die Deutschen haben schon ihr eigenes Sprichwort veressen, welches besagt, daß es aus dem Walde ebenso wieder herauschalle, wie man hineinschreie. Wenn man auch nur einen Extrakt dessen sammelte, was die Leiborgane des Sakatismus über uns sagen, — und meines Erachtens müßten unsere Abgeordneten sich vor jeder parlamentarischen Session mit einer solchen Sammlung versehen — dann würde sich die Welt überzeugen, mit was für Gift, mit welchem Lug und Trug man den biedereren deutschen Michel füttert.

Weniger ist schon zu verstehen, daß manchmal auch die Zentrumsleute in den Chorus unserer Gegner einstimmen. Wenn man jemanden würgt, so dringen melodiose Töne aus der Gurgel des Patienten nicht hervor. Und was bei uns vorgeht, das braucht nicht erzählt zu werden, ja, sogar in die Kirche sucht man die Germanisirung hineinzudrängen, mit einem Wort, man setzt in die Praxis um, was der Philosoph Hartmann in der Theorie als Ideal des Strebens mit dem Worte „Ausrotten“ hinstellte. Und in einer derartigen Lage sich befindend, sollten wir mit Herrn v. Roscielski die Schalmel der staatlichen Assimilirung blasen? In den Zeiten des Kulturkampfes hat die katholische Presse ihre Gegner wahrlich nicht mit Sammethandschuhen angefaßt, und dennoch würde sie den Vorwurf, daß sie gehetzt habe, als ungerechtfertigt ansehen. So kann man auch unsere Zeitungen mit Recht nicht tadeln, wenn sie um sich schlagend unsere vitalen Interessen vertheidigen.

Bei alledem scheint es mir, daß die Herren Korrespondenten nachstehende Regeln beobachten sollten:

1. Man gebe nur solche Thatsachen an, welche durch glaubwürdige Zeugen bestätigt sind, und zwar schon mit Rücksicht auf unsere armen Redakteure, welche alle Verfehlungen entweder mit schweren Geldstrafen oder mit Gefängniß zu büßen haben. Sehen wir doch, daß unsere Gegner der Meinung sind, den Polen gegenüber müsse das höchste Strafmaß in Anwendung kommen. Manchmal ist eine Mittheilung richtig, aber für den Fall eines Prozesses kann man, um sie zu bestätigen, keinen glaubwürdigen Zeugen stellen. In einem solchen Falle ist es besser, die Sache für später aufzuschieben oder sogar sie ganz fallen zu lassen.

2. Man stelle die uns widerfahrenen Unbilden ausführlich dar, schon aber die Personen nach Möglichkeit und nur dann trete man gegen sie auf, wenn ihre Thätigkeit eine uns feindselige ist. Wer uns öffentlich schadet, der muß eine öffentliche Kritik ertragen, selbst wenn es ein Geistlicher wäre, und er kann sich nicht mit dem Charakter der Unantastbarkeit decken. Wenn ein Geistlicher gesetzwidrig verboten hat, auf dem Kirchhofe polnische Lieder zu singen, so empfängt er mit Recht vor der Öffentlichkeit Schläge, aber damit sollte die Sache nicht abgethan sein, sondern die Interessirten hätten die Pflicht, die Sache der kirchlichen Behörde zu unterbreiten, wenn die Zeitung die Sache auf Grund der Mittheilung nicht selbst in die Hand genommen hat.

Wenn eine einzelne Persönlichkeit gefehlt hat, so mache man dafür nicht die Gesamtheit verantwortlich, es sei denn, daß diese Allgemeinheit prinzipiell auf unsern Ruin ausgeht, wie z. B. die Bruderschaft von den drei Buchstaben. Wenn ein Katholik ihr beitrifft, so erklärt er damit öffentlich, daß er unser Feind ist, und er kann nicht darauf

rechnen, daß wir ihn schonen. Andererseits wäre es ein Fehler, gegen alle Deutschen Groll zu hegen, obgleich sich leider in letzter Zeit so viele vor den Wagen der staatlichen polenfeindlichen Politik haben spannen lassen. Ich kenne persönlich eine ganze Anzahl deutscher Priester, die ihre Nationalität heiß lieben und dennoch die Unbill fühlen, die uns zugefügt wird, welche auch das daraus sich für die Kirche ergebende Böse nach Möglichkeit zu paralysiren bestrebt sind. Vor Kurzem gelangte ein Priester deutscher Nationalität in eine gemischte Parochie, wo vorher ein Pole amtiert hatte. Man hat über denselben in letzter Zeit ziemlich viel geschrieben, wenn auch nicht gerade Vortheilhaftes. Der Pole hatte aus Bequemlichkeit, vielleicht auch aus politischen Gründen die polnische Beichtunterrichtsabtheilung auf zwei Kinder reduziert, während der ehrliche Deutsche 28 ausfindig machte, die zu Hause polnisch sprechen und beten. Ehre solchen Männern! Hier werden sie ganz gewiß dafür keinen Lohn erhalten, aber redliche Leute werden ihnen die Anerkennung nicht vorenthalten und im Himmel wird ihnen ihr Lohn zu Theil werden.

Es gefällt mir und wahrscheinlich auch vielen Anderen nicht, wenn der oder jene Korrespondent beim Rügen der von germanisirenden Geistlichen begangenen Ausschreitungen über die Koschneider herzieht, als wären sie an Allem schuld. Es sieht das ein wenig phrasenhaft aus und erinnert an jenes französische Sprichwort „Le prêtre voila l'ennemi!“ Ein solches Verfahren ist ungerecht und vor Ungerechtigkeiten sollten wir, die wir solche erfahren, uns vor Allem hüten. Außerdem macht es viel böses Blut, ohne etwas zu helfen. Die Koschneider sind in mancher Hinsicht den Russen ähnlich. Bei beiden ist der Glaube und heiße Anhänglichkeit an den heiligen Glauben lebhaft entwickelt. Da sie instinktiv fühlen, daß sie nur dem katholischen Polen die Erhaltung des theuren Glaubensschatzes verdanken, heften die Koschneider früher wenigstens, — denn jetzt hat sich wahrscheinlich schon Manches geändert, — eine gewisse Sympathie für uns. Es herrschte sogar der Brauch, daß die Bauern ihre Töchter vor deren Verheirathung eine Zeitlang bei befreundeten polnischen Wirthen unterbrachten, damit sie etwas polnisch lernten. Ich kenne diese Verhältnisse; denn ich habe das Konitzer Gymnasium besucht und bin mit einem bereits verstorbenen Schulfreunde ziemlich oft bei seinen Eltern und Verwandten gewesen. Ich bin auch überzeugt, daß derjenige, welcher es unternahm, unsere bekannten Germanisatoren nach ihrem Geburtsort zu klassifiziren — am leichtesten könnte das der Bielgrzym thun — verhältnißmäßig sehr wenig Koschneider darunter finden würde. Mit Unrecht hat auch meines Erachtens der Korrespondent einer gewissen Zeitung vor Kurzem den Bruder des Herrn Bischofs, den Propst von Mewe, angegriffen. Möglich, daß er zu Beginn seiner Priesterlaufbahn als Leser des Westpr. Volksblatts gegen uns voreingenommen gewesen ist und daß er gegebenen Falls ungehörig sich benommen hat, nachdem er aber später in eine polnische Parochie gekommen war, hat er bald erkannt, daß er gegen uns ungerecht wäre und noch mehr, daß er der Kirche schaden würde, falls er dieser Richtung folgte. Darum hat er seinen Fehler auch reichlich wieder gut gemacht, indem er dafür Sorge trug, daß der Grund und Boden in den Händen der polnisch-katholischen Bevölkerung erhalten blieb. Und das ist direkt sein Verdienst, daß eine größere, einem Protestanten gehörige Stelle in seiner Parochie unter Katholiken parzellirt wurde. Was die Berufung dieses Bruders als Professor an das Seminar be-

trifft, so ist sie offenbar nur einstweilig erfolgt. Der Bischof kann sich manchmal in der Lage befinden, daß er, selbst wenn er wollte, nicht anders handeln könnte, und was ist natürlicher, als daß er, wenn ihm keine Wahl bleibt, zu dem immerhin befähigten Bruder sagt: „Komm' und reiß' mich aus der Verlegenheit!“

Sehr bedauern muß man, daß wir eine Lehrkraft verloren haben, denn solche Kräfte besitzen wir an und für sich bereits nur in mikroskopischem Maße; aber die Gründe nicht jeder Verletzung eignen sich zur öffentlichen Erörterung. Es kommt leider manchmal vor, daß die eigenen Landsleute dazu beitragen, einen Landsmann zu beseitigen oder seine Stellung zu schwächen, indem sie ihn ohne hinreichenden Grund verdächtigen. Abgesehen davon haben wir angesichts dessen, daß die Regierung alle einflussreichen Kirchenämter mit Deutschen, und zwar mit uns hassenden, besetzt, alles Recht zu erwarten, daß wenigstens die geistliche Behörde mehr Polen berücksichtigen werde, als dies in dem letzten Jahrzehnt und eigentlich schon seit dem Tode des Bischofs Marwicz geschehen ist.

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziadzka

vom 24. Mai 1902:

Aus der Rosko'er Gegend.

Wir erfahren, daß der Lehrer Herr Kluge in Gulcz den Schulkindern befiehlt, den Namen des Dorfes Gulcz „Gultsch“ zu schreiben, ungeachtet dessen, daß bisher alle Behörden die Schreibweise „Gulcz“ anwenden. Es ist in der That schwer zu errathen, wie Herr Kluge sich das Recht anmaßen kann, den Namen einer Vertlichkeit zu ändern. Bisher war nur die preußische Polizei allmächtig. Sollten gegenwärtig auch die Lehrer schalten und walten können nach Belieben?

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziadzka

vom 24. Mai 1902:

B z o w o , in der Graudenzer Gegend.

Unser Volksverein hat am vergangenen Sonntag seine politische Taufe erhalten, und wie das gekommen ist, das will ich hiermit erzählen. Wir hatten die übliche Versammlung, und von Anfang an war in der Sitzung der Herr Gendarm zugegen, der etwas drohend ausah, als wenn er etwas Außerordentliches im Schilde führte. Nach Verlesung des Protokolls und eines Absatzes aus dem Leben der Heiligen nahm das sehr verdiente Mitglied des Volksvereins in Komorosz, Herr Zendraszek, das Wort, und er hielt einen schönen Vortrag aus der polnischen Geschichte. Der Redner legte dar, wie die polnische Nation sich stets mit ihrem Besitzstand zufrieden gegeben und Fremdes nicht begehrt habe. Zum Schwerte habe sie einzig gegriffen zwecks Vertheidigung des heiligen Glaubens und ihrer Nationalität. Ferner erwähnte Herr Zendraszek auch, wie der preußische Herzog Albrecht dem polnischen Könige auf den Knien Treue geschworen habe und wie dieser Eid später in Vergessenheit gerathen sei.

Auf diese letztere Aeußerung hin stand der Gendarm auf und erklärte, er löse die Versammlung auf. Dabei gab er zu verstehen, daß die Worte des Herrn Zendraszek ihm sehr mißfallen hätten. Dann bedachte sich der Herr Gendarm jedoch, denn

er ließ die Versammelten zählen, und er erklärte, in unserm Saale hätten nur 63 Personen Raum, nicht aber 66, — soviel hatten sich in der Versammlung vom Sonntag eingefunden.

Das Ende vom Liede war, die Versammlung wurde aufgelöst und damit erhielt unser junger Verein seine politische Taufe.

Hinzugefügt muß noch werden, daß der Gendarm, nachdem er das Verlassen des Lokals geboten hatte, sich entfernte, in Kurzem aber zurückkehrte, um sich zu überzeugen, ob nicht etwa eine neue Versammlung stattfindet. Die Befürchtungen des Herrn Gendarmen waren natürlich überflüssig, denn wir sind nicht so dumm, uns Prozessen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt auszusetzen. Dagegen versprechen wir uns, daß wir in Zukunft stets für solche schöne Vorträge sorgen werden, wie uns unser ehrenwerthe Herr Zendražek gehalten hat.
Ein Landsmann.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka

vom 22. Mai 1902:

Preußisch-Stargard.

Der Eigenthümer der Buchhandlung, Herr Nowak, schreibt uns: „In Beantwortung der Anfrage der Gazeta Grudziadzka vom 16. d. Mts. theile ich mit, daß nicht ich, sondern die Herren Richter und andre hier selbst einen deutschen kaufmännischen Verein gegründet haben. Da ich das Geschäft, nicht aber die Politik im Auge habe, trat ich auf Wunsch Anderer als Mitglied ein, damit jener Verein die in meine Branche schlagenden erforderlichen Artikel von mir beziehe. Nachdem ich das erreicht hatte, was ich wünschte, bin ich schon lange aus jenem Verein ausgetreten, und ich gehöre dem polnischen Verein an. Der dem Anschein nach fluge Autor der Mittheilung, daß ich in Stargard einen deutschen kaufmännischen Verein gegründet habe, hat augenscheinlich unzulängliche Informationen eingezogen, oder aber er will ein schlechtes Licht auf mich werfen. Er thäte besser, wenn er zuerst den Balken aus dem eigenen Auge beseitigte, und auch dann sollte er sich noch nicht um den Splitter im fremden Auge kümmern.“

J. W. Nowak, Buchhändler.

Aus Nr. 62 der Gazeta Gdańska

vom 24. Mai 1902:

Alt Rischau, 22. Mai.

Dieser Tage regnete es in unserm Dorfe Strafmandate wie aus einem Füllhorn. Einige Personen sollen in dem hiesigen Geschäfte des „Konsumvereins Kupiec“ Waaren eingekauft haben, ungeachtet dessen, daß sie nicht eingetragene Mitglieder des „Kupiec“ waren und das Gesetz es untersagt, an Nichtmitglieder zu verkaufen. Man hatte dem Gericht davon Mittheilung gemacht, und auf Antrag des Staatsanwalts wurde jeder der Betreffenden zu einer Strafe von einigen Mark verurtheilt. Wenn die bei Gericht eingereichte Denunziation auf Wahrheit beruht, d. h., wenn diese Personen in der That gekauft haben, ohne als Mitglieder des „Kupiec“ eingetragen zu sein, oder wenn sie auf fremde Legitimationskarten gekauft haben, so wird die Einlegung der Berufung nichts helfen, denn man hat das Gesetz übertreten.

Dabei drängt sich die Frage auf, weshalb die Leute sich selbst und wahrscheinlich auch die Ge-

nossenschaft „Kupiec“ Kosten und Unannehmlichkeiten aussetzen. Wir wissen, daß im „Kupiec“ nur die Mitglieder kaufen dürfen, und daß ein Mitglied der Genossenschaft „Kupiec“ keiner dritten, fremden Person seine Legitimationskarte zwecks Waareneinkauf geben darf. Das wird uns in dem Geschäft des „Kupiec“ stets gesagt, das hat man uns auch in der Versammlung gesagt, die absichtlich zu dem Zwecke einberufen worden ist, um uns bezüglich der Mitgliedschaft zu belehren.

Andererseits hat man uns auch klar und deutlich gesagt, die oft aufgestellte Behauptung sei unwahr, daß man mit dem Beitritt zur Genossenschaft „Kupiec“ wie bei manchen Banken mit seinem ganzen Vermögen hafte. Der Antheil im „Kupiec“ beträgt 10 Mark, der „Kupiec“ aber ist eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Wer also dem „Kupiec“ beiträgt und einen Antheil erwirbt, der haftet nur für die Summe von 10 Mark, nicht aber mit dem ganzen Vermögen, und zwar natürlich nur in einem unglücklichen Falle. Den brauchen wir aber gewiß nicht zu befürchten, denn es ist uns bekannt, in welchen Händen die Verwaltung des „Kupiec“ ruht und welchen allgemeinen Zutrauens sie sich erfreut.

Nach den Satzungen, die man gleichfalls aus dem Geschäft des „Kupiec“ beziehen kann, beträgt die niedrigste Einzahlung, welche bei der Eintragung in die Mitgliedsliste zu leisten ist, 1 Mark und 1 Mark Eintrittsgeld. — Wir sehen hier, daß dies unbedeutende Verpflichtungen sind angesichts der Vortheile, die wir erreichen, indem wir unsere Waaren im „Kupiec“ einkaufen. Handgreiflich haben wir uns davon überzeugt, daß die aus dem „Kupiec“ bezogenen Waaren stets frisch, recht beschaffen, gut, und daß die Preise dabei billige sind, sodaß die beim Beitritt eingezahlten wenigen Groschen in kurzer Zeit wieder einkommen. Weshalb ist es — so frage ich nochmals — nöthig, das Gesetz zu übertreten und Strafe und Kosten zu zahlen? Soviel mir bekannt ist, hat die Genossenschaft „Kupiec“ etwa 4000 eingetragene Mitglieder, — so viele Tausende Personen erkennen also die Vortheile an, welche aus dem Waarenbezug vom „Kupiec“ erwachsen. Auch bei uns in Rischau erkennt man das zwar an, obgleich nicht so, wie es sein müßte, und so mancher säumt vielleicht zum Theil aus Unkenntniß und aus schlecht aufgefaßter Sparsamkeit mit der Eintragung. Mögen daher diese Strafmandate und meine Ausführungen und Aufklärungen zu einer Aenderung zum Besseren beitragen.

Und zum Schluß noch eins: Als Zeuge, auf dessen Aussagen der Staatsanwalt sich stützte, figurirt auf allen Mandaten das Jüdchen Ernst Gottfeld aus Rischau. Es ist doch eine dienstwillige Nation, diese Jüdchen, und daher fühlen wir uns auch so sehr zu ihnen hingezogen.

Ein Mitglied des „Kupiec“.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka

vom 20. Mai 1902:

Löbau.

Merkwürdige Dinge gehen bei uns vor. In Bischofswalde, 3 Kilometer von Löbau, lebt eine gewisse Familie. Der Vater ist vor einem Monat zum katholischen Glauben übergetreten, die Mutter ist katholisch und die Kinder sind strenge Katholiken. In der Schule aber schickt man die Kinder aus dem Religionsunterricht fort und verlangt, sie sollen zum

lutherischen Religionsunterricht gehen, denn das hat der Herr Schulinspektor gemäß den Worten des Herrn Lehrers angeordnet. Der Schulinspektor ist katholisch, der Lehrer ist auch katholisch, und hier schicken sie Kinder katholischer Eltern aus dem katholischen Religionsunterricht fort und theilen sie dem lutherischen zu. Allerdings, der Herr Inspektor ist Deutschkatholik, was vieles erklärt. Der Vater der Kinder hat sich an den Lehrer gewandt, er führte Beschwerde beim Schulinspektor, er legte ein Zeugniß des Geistlichen darüber vor, daß er Katholik sei, ja, in seiner Verzweiflung soll er sogar an den Landrath geschrieben haben, — alles vergebens. Möge sich jeder selbst ein Urtheil bilden, um was es sich hier handelt, ob um das Polenthum oder um den katholischen Glauben.

Eine andre merkwürdige Sache! In Glaznotz wollten wir eine katholische Parochie einrichten und ein Kirchlein bauen. Wir brachten auf dem Wege der Beitragsammlung das Geld zu diesem Zwecke auf, und es würden 1000 Seelen zu dieser Parochie gehört haben. Die Lutheraner haben nicht einen Pfennig zu diesem Zweck hergegeben. Doch was geschieht? In den letzten Jahren hat man in unsern Gegenden über 20 lutherische Kirchen gebaut und ebensoviel lutherische Parochien gegründet, und zwar auch zum Theil für das Geld von Katholiken, denn für unsre Abgaben. Indes wir in Glaznotz haben keinen Pfennig von den Andersgläubigen verlangt. Für unser Geld wollten wir eine Kirche bauen, die Regierung hat es aber nicht gestattet. Selbst der Herr Bischof hat die Sache dem Minister zweimal vorgelegt, alles vergebens.

Man beschloß schließlich, nur eine Kapelle zu bauen, was die Regierung nicht verwehren kann. Alle beim Bau vorgeschriebenen Bedingungen wurden erledigt, und man begann zu bauen. Mit einem Male erschien der von dem deutsch-katholischen Landrath in Osterode geschickte Gendarm. Er treibt die Arbeiter auseinander, und seitdem ist Alles still. Möge jetzt jeder selbst urtheilen, um was es sich handelt, um das Polenthum oder um den katholischen Glauben!

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański
vom 25. Mai 1902:

Zoppot.

Die Zoppoter Badedirektion schickte uns ein Verzeichniß der diesjährigen Vergnügungsveranstaltungen zu, welche die Kurgäste in dem reizend gelegenen Zoppoter Seebade finden werden. Sie erwähnt allerdings nichts davon, doch es ist anzunehmen, daß die Polen dort keinen hafatistischen Unannehmlichkeiten begegnen, dagegen aber das Lesezimmer mit zahlreichen polnischen Zeitschriften versehen vorfinden werden, an welchen unseren Kurgästen mehr gelegen ist, als an den verschiedenen Sporten und Rennen, welche für die laufende Saison angekündigt werden.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 22 der Gazeta Polska
vom 22. Mai 1902:

Der Feiertagsausflug der ober-schlesisch-polnischen Landsleute nach Krakau.

Unter diesem Titel schreibt der Ratiborer Anzeiger, daß unser Ausflug nach Krakau keine Ver-

gnügungsreise ist, sondern den Zweck hat, einen Ueberblick über die polnische Armee zu gewinnen. Er berichtet zugleich, daß schon vor diesem Ausflug die Mächte sich darüber verständigt hätten, ein wachsameres Auge auf unsre Braven zu haben.

Der Anzeiger irrt nicht so ganz; wir gestehen gern zu, daß wir wirklich nicht zu unserm Vergnügen nach Krakau fahren, denn zu Vergnügungen steht uns jetzt der Kopf nicht. Wir fahren vielmehr alljährlich nach Krakau, um einmal dort „freie Luft“ athmen zu können, ferner auch um einen Tag lang Kräfte für die nächsten Tage zu sammeln; wir fahren dorthin um in unsern polnischen Kirchen zu beten, uns immer wieder mit unsern Brüdern, den Krakauern, aufs neue herzlich zu verbrüder. Wir reisen dorthin, um Reden unsrer großen Gelehrten zu hören, die großartigen Werke unsrer nationalen Kunst zu bewundern und zwar in Gestalt von Bildern und Skulpturen, welche in der ganzen Welt berühmt sind. Wir haben nicht nur Zerstreuungen im Auge, wie die, welche nach Bielitz, Troppau, Schlierhausen fahren. Wir betragen uns so anständig und würdig, daß wir alle Jahre von den Krakauern von ganzem Herzen willkommen geheißen werden, während diese dort, die „nicht polnischen Ausflügler“, Geschrei und Skandal machen, sich ordinär betragen und oft der Schrecken des Ausflugsortes und seiner Einwohner werden. Unsre „polnischen Landsleute“ kommen veredelt und an Geist gehoben nach Hause zurück; diese da brüllen in den Wagons und verpeffen die Luft in weitem Umkreise mit Bier- und Tabakdünsten.

Also nochmals, es ist wahr, daß wir unsern Ausflug nicht des Vergnügens wegen und speziell nicht des Sauf-Vergnügens wegen machen. Auch darin stimmen wir dem Anzeiger bei, daß wir dort (in Krakau) nicht allein, sondern unter steter Obhut sind; wir wissen es genau, daß beauftragte Spione hinter uns herkommen; die dortige Polizei hat auch schon mehrere derselben abgefaßt, sie ins Gefängniß geschickt, oder über die Grenze zurückgejagt. Im übrigen brauchen wir daraus, was wir dort sprechen, kein Geheimniß zu machen; unsre dort gehaltenen Reden werden ohne jede Scheu in unsern Blättern abgedruckt; da es indessen Jedermann annehmlicher ist nur im Kreise ehrlicher Leute veranlaßt zu sein, so haben wir Schritte gethan, welche diesen Spionen ihre Arbeit sehr erschweren werden.

Was aber die Heerschau über die „polnische Armee“ betrifft, so ist es schade, daß der Anzeiger nicht berichtet, wo die betreffenden Manöver stattfinden werden; es würden dann gewiß noch viel mehr unsrer Landsleute nach Krakau fahren um das polnische Militär zu sehen. Es ist wirklich schade, daß der Anzeiger dieses Geheimniß für sich behält.

Aus Nr. 58 der Nowiny Raciborskie
vom 22. Mai 1902:

Breslau.

Um sich in der polnischen Sprache und Geschichte gemeinschaftlich weiter zu bilden, und um den in Breslau wohnenden, aber mit polnischen Kreisen nicht in Berührung kommenden Polinnen helfend unter die Arme zu greifen, ist in Breslau ein polnischer „St. Anna-Verein“, (Towarzystwo Polek pod wezwaniem opieki św. Anny) gegründet worden.

Aus Nr. 115 des Dziennik Slaski

vom 22. Mai 1902:

Michalkowicz.

In unserem Dörflein spielen Andersgläubige die erste Geige, das heißt, sie sind überall die Ersten und die Mächtigsten. Die Juden z. B. werden binnen Kurzem das halbe Dorf besitzen. Denken wir doch daran, wie es vor einigen Jahren bei uns ausgesehen hat und wie es jetzt aussieht? Brüder, Schwestern! Denken wir mehr an unsere polnische Sache! Halten wir zusammen! Wenn wir uns daran nicht halten werden, werden uns die Andersgläubigen in den Sack oder in die Tasche stecken und mit unserem Einfluß ist es dann zu Ende. Kaufen wir bei den Unfrigen, andernfalls wir den Andersgläubigen zum Reichtum verhelfen, unsere Bevölkerung dagegen ewig arm und bedrückt bleiben wird. Erwerben und sparen wir, das Geld aber tragen wir in unsere Banken, damit es Zinsen bringe, damit wir etwas verdienen, kaufen und uns aus der Macht Anderer befreien können. Gibt Einer ein schlechtes Beispiel dadurch, daß er einen Fremden, anstatt einen der Seinigen unterstützt, so muß ihm das in milden Worten vorgehalten und ihm bedeutet werden, daß sich das nicht ziemt. Unterstützen wir uns gegenseitig, doch mag sich Niemand auf die Gefälligkeit eines Anderen verlassen, sondern ehrlich im Schweiße seines Angesichts arbeiten.

Aus Nr. 60 des Katolik

vom 23. Mai 1902:

Gr. = Stein (Ramien) Kr. Beuthen.

Wir haben hier mit dem Deutschtum viel Plackereien. Die Hauseigentümer erhielten deutsche Verordnungen mit Vorschriften, wie sie sich verhalten sollen. Viele verstehen aber nicht ein Wort Deutsch, denn wir wohnen hier, Gott sei Dank, hart an der Grenze des Königreichs Polen, zu welchem unser liebes Schlessen durch so viele Jahrhunderte gehörte, bis die unglückselige Germanisierung uns von dem Mutterstamme trennte. Könnte nicht der Herr Amtsvorsteher die Verordnung übersetzen und sie auf einer Seite polnisch und auf der anderen Seite deutsch drucken lassen? Früher geschah es so und es war gut. Wir verstanden sie gut und vermieden dadurch Bestrafungen. Unsere Hausbesitzer sind doch keine Deutschen! Weshalb werden für sie Verordnungen in deutscher Sprache erlassen, wenn unmittelbar jenseits der Grenze sogar die russischen Behörden Erlasse in polnischer Sprache veröffentlichen. Wie würde das den Herren Deutschen gefallen, wenn z. B. Schlessen unter tschechische oder russische Herrschaft gelangte und Verordnungen in tschechischer oder russischer Sprache erlassen würden? Würden sie da nicht saagen, daß das ein Unrecht, daß das unpraktisch sei? Sollen denn bei uns die Grundsätze des katolischen Ostmarkenvereins zur Herrschaft gelangen? Brüder! Es sieht schlimm aus, doch wenn die Sache so liegt, so wollen wir um so fester an dem halten, was wir von unseren Vorfahren geerbt haben. Wir wollen uns nicht erbeugen, wir wollen Polen bleiben, so wie Gott uns erschaffen hat.

Aus Nr. 20 der Praca (Beiblatt zum Katolik)

vom 20. Mai 1902:

Seinigrupe.

Eine schwere Zeit ist für uns Arbeiter gekommen, die wir von der Arbeit unserer zehn Finger

leben müssen. In den beiden letzten Jahren herrschte Unternehmungsgeist, der große Gewinn jedoch floß in die Taschen deutscher und jüdischer Kapitalisten, welchen das arme polnische Volk dienen muß. Der Gewinn der Söhne Germanias und Israels wächst. Diese Herren füllten sich ihre Taschen mit Gold und indem sie sich nichts versagen, werden sie mit Leichtigkeit die schweren Zeiten überleben. Die Beamten werden ihre Gehälter ebenfalls weiter beziehen. Und die Arbeiter? Wir werden auf das Pflaster gesetzt und es wird uns gesagt: Wir brauchen dich nicht, wir haben für dich keine Arbeit, denn es giebt keine Bestellungen. So sagte der Obersteiger Gorzawski zu einem Mitbruder, der Pfeife rauchte. Ohne Barmherzigkeit händigte er ihm seine Papiere aus. (Wofür? Red.) Selbst Bitten halfen nichts. Es waren das fette Jahre für die Herren. Haben wir Arbeiter davon etwas abbekommen, wie es nach christlicher Art recht und billig wäre? Steht es uns denn vollständig frei, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten? Hat denn der Staat der Gottesfurcht und Ordnung sich unserer so angenommen, wie wir es uns wünschten? Brüder! Ich wende mich heute an unsere Arbeitgeber mit der Bitte, uns doch wenigstens diejenigen Prämien, welche sie uns genommen haben, wiedergeben zu wollen. Kann denn die Giesche'sche Genossenschaft uns nicht bezahlen? Arbeitet sie mit Verlust? Unser Lebensunterhalt ist theurer geworden. Wir können keinem Kaufmann, Handwerker, Handelsmann oder Wirth befehlen, daß er weniger fordere, da wir weniger verdienen. Brüder Vergleute! In dieser schweren Zeit wollen wir um so energischer agitiren. Es ist eine Thorheit, die Faust in der Tasche zu halten, und zu warten, bis die Hilfe vom Himmel herab kommt. Ohne unsere Arbeit wird dies nicht geschehen. Wir müssen selbst mit Hand anlegen an das gute Werk, an die Verbesserung der Verhältnisse, denn nur dann wird es besser werden. Es ist eine Thorheit, denjenigen zu folgen, welche aus vollem Halse schreien, als ob sie allein die Weisheit dieser Welt besäßen und wir davon nichts verständen. Jeder halte es mit den Seinigen. Die Volksbildung wird Wunder bewirken! Die wahre Bildung wird uns kein Fremder bringen, sondern einer der Unfrigen, der mit uns fühlt und arbeitet, der am besten weiß, wie es mit uns bestellt ist. Wir können uns selbst helfen, wenn wir nur wollen. Je schlimmer die Zeiten sind, desto energischer muß die Agitation sein.

Aus Nr. 20 der Praca (Beiblatt zum Katolik)

vom 20. Mai 1902:

Wendawitz im Kreise Strehlen.

Am 4. d. Mts. wurde nach dem Brolschen Saale eine Versammlung christlicher Arbeiter von dem Vorstandsmitglieder des Beuthener Vereins, Herrn Domrowski einberufen. Bereits am Freitag waren in den Wirthshäusern der Nachbargemeinden Plakate, enthaltend die Einladung zur Versammlung, ausgehängt. Die hiesige Polizeibehörde wollte Herrn Brol dazu bewegen, den Saal nicht herzugeben. Der Gendarm wollte ihm sogar zehn Mark geben, doch Herr Brol erklärte entschieden, daß er sich nicht überreden lassen werde, da er sein Wort und Versprechen gegeben habe. In Folge dessen konnte die Versammlung stattfinden. Beinahe die sämmtlichen Arbeiter der Kolonowskischen und Sosnowskischen Hütte, etwa 300 an der Zahl, waren erschienen. Der

Vorsitzende Dombrowski eröffnete die Versammlung und forderte die Arbeiter auf, dem Beuthener Verein beizutreten. Hierauf sprachen Kopezynski, der Schriftführer des Vereins, welcher die Vortheile für die Arbeiter nachwies und Herr Piechulek, Redakteur aus Beuthen.

Nach der Versammlung traten gleich etwa 50 Arbeiter dem Verein bei. Es steht zu erwarten, daß alle Arbeiter der dortigen Hütte das Gleiche thun werden. Kassirer in Bendawitz ist Joseph Zmieszko. In hiesiger Gegend wissen die Arbeiter höchstens aus den Zeitungen, daß eine Organisation besteht. Es war dies wohl die erste Versammlung, welche in unserem Dörfchen stattgefunden hat. So lange Bendawitz besteht, war dort noch keine Arbeiterversammlung. Erst die Sonntagsversammlung hat Manchem die Augen über seine Lage geöffnet. Arbeiter! Verbindet Euch und man wird Euch nicht „polnische Landstreicher“ (Chacharen) schimpfen. Ihr werdet geachtet werden, denn man wird wissen, daß Ihr Euch mit Hilfe der Organisation verteidigen könnt. Mit dem Verdienst wird es besser bestellt sein, wenn die Organisation genügend stark sein wird. Eure ganze Lage kann sich zum Besseren wenden, wenn auch nicht über Nacht. Natürlich gehört dazu Ausdauer. Unser Loos ist ein schweres und trauriges, aber uns wird nichts helfen, wenn wir nicht selbst der Organisation, dem Beuthener Verein beitreten.

Aus dem Westen und Innern Deutschlands.

Aus Nr. 113 des Dziennik Berlinski
vom 18. Mai 1902:

Es ist eine unangenehme aber unvermeidliche Pflicht des Journalisten, die Aufmerksamkeit der geistlichen Behörden auf die Ungerechtigkeiten zu lenken, welche das polnische Volk in den Berliner Kirchen erleiden muß.

Mögen die geistlichen Behörden wissen, worüber die aufgeklärten, polnischen Gemeindeglieder sich beschweren, es ist unsere Pflicht, diese Beschwerden in der Reihenfolge zu veröffentlichen, wie sie bei uns eingehen, damit diese Behörden bei Zeiten Klarheit über die Ansichten der polnischen Parochienmitglieder erlangen und ev. Bösem vorbeugen können.

Heut wollen wir aus Anlaß des Pfingstfestes einige spezielle Fragen an die Kirchenbehörden richten; wir übergehen die allgemeine Frage, warum an einem solchen Feste in sämtlichen Parochien nicht ein einziger polnischer Gottesdienst vorgesehen ist — die Schuld daran tragen ja hauptsächlich wir, weil wir uns dies bisher nicht eifrig genug erkämpft haben; wir versprechen aber hiermit, daß wir in Zukunft eifriger dafür streiten werden.

Vielleicht kommt die geistliche Behörde darüber zur Besinnung, daß sie an dem Feste des hl. Geistes eigentlich die Pflicht hat, von selbst die in allen Parochien vorhandene große Anzahl Polen zu berücksichtigen; dort aber, wo schon der polnische Gottesdienst eingeführt, wo ein polnisch sprechender Geistlicher bereits angestellt ist, dort wenigstens müßte doch veranlaßt werden, daß an dem Feste der Ausgießung des hl. Geistes eine polnische Predigt stattfindet. Wir fragen, warum in Charlottenburg keine polnische Andacht stattfinden wird, umso mehr, als die am vorigen Sonntag fällige ausgefallen ist.

Wir fragen, ob etwas Wahres daran ist, daß der Gottesdienst deshalb ausfiel, weil der polnische Geistliche in persönlicher Angelegenheit, nämlich um sich nach einer Stellung als Propst irgend wo anders umzuthun, verreist gewesen ist.

Wir fragen, ob es sich nicht gehört hätte, für einen Vertreter zu sorgen, und wenigstens gleich nach Rückkehr des Geistlichen, zum Pfingstfest einen polnischen Gottesdienst anzusetzen. Wir fragen, ob es wahr ist, daß ein Vertreter vorhanden war, welcher sich selbst erbot, die polnische Andacht abzuhalten, daß aber der Propst seine Hilfe abgelehnt hat. Wir fragen, ob es wahr ist, daß der Propst gemeint hat, daß nur wenige Polen kommen werden, wo doch die Kirche meist gepfropft voll und stets voller als an den darauf folgenden deutschen Gottesdiensten ist.

Wir fragen, ob vielleicht dies alles nur ein Vorspiel dazu sein soll, den polnischen Gottesdienst ganz abzuschaffen, wie dies die Eingefessenen der betreffenden Parochie befürchten. Wir bitten, der Herr bischöfliche Delegat möchte die treuen katholischen Polen wegen dieser Befürchtungen beruhigen.

Aus Nr. 117 des Postep
vom 23. Mai 1902:

Aus der Fremde, den 20. Mai 1902.

Geehrte Landsleute!

In letzter Zeit schreiben die Zeitungen viel über die zukünftigen Wahlen, über die Wahlen, welche die ganze Gesamtheit beunruhigen. Liebe Brüder! Wir Polen sollten uns aus der bisherigen Wahlpraxis so manch eine Lehre ziehen, wie wir uns weiterhin zu verhalten haben. Daher ist es Eure Pflicht, liebe Brüder, daß Ihr, die Ihr in der Heimath wohnt, überall da, wo es nur möglich ist, einen Landsmann zum Kandidaten oder Abgeordneten aufstellt, und zwar einen guten Katholiken und Polen. Fernerhin muß man wohl darauf achten, damit da, wo sich unter den Polen die deutschen Katholiken in der Minderheit befinden, dieselben ebenfalls für den katholischen und polnischen Kandidaten stimmen; und wenn sie sich weigern sollten, das zu thun, dann werden wir in der Fremde wohnenden katholischen Polen auch nicht für einen Zentrumsmann stimmen; dann erst wird der Ausgleich: Artigkeit für Artigkeit, Gefälligkeit für Gefälligkeit eintreten. Den deutschen Katholiken können wir nie zu viel trauen, denn sie bereiten uns über die Maßen Demüthigungen. Ist es denn nicht genug Erniedrigung für uns Polen, wenn ein deutsch-katholischer Geistlicher in der Kirche während der Predigt sagt, es sei genügend, wenn der Pole, der zur Beichte geht, zu antworten verstehe mit „ja“ und „nein“? Es ist das gewissermaßen ein Zwang, daß die Polen nur deutsch beichteten; nach der Meinung dieses Geistlichen bedürfte es der polnischen Pfarrer gar nicht, denn die Jugend könne ja bereits deutsch, daher wird auch das polnische Volk so gleichgiltig gegen seine Sprache — und was bei Weitem schlimmer ist, es wird auch gleichgiltig gegen den Glauben. Nun, polnisches Volk, sollen wir denn zugeben, daß man uns weiter so germanisirt zum Schaden unserer Nationalität und zum Schaden für unseren Glauben? Soll denn nur dann Freundschaft herrschen zwischen den Polen und den Zentrumsleuten, wenn der polnische Abgeordnete und der Zentrumsabgeordnete mit den Gläsern anstoßen? O nein, polnisches Volk! Im Glase sucht man keine Freundschaft. In Freundschaft können die Deutsch-Katholiken mit den Polen leben und die

Polen mit den Deutschen, wenn die deutschen Geistlichen und an ihrer Spitze die Zentrumsleute zu der Ueberzeugung kommen werden, daß wir Polen Polen sind und daß wir das Recht haben, in der Fremde die Verkündigung des göttlichen Wortes in polnischer Sprache zu verlangen. Der heilige Geist ist nicht herniedergekommen auf alle Völker, damit sie verstünden, was die Apostel sie lehren, sondern er ist über die Apostel ausgegossen worden, damit diese es verstünden, die Glaubenswahrheiten den Nationen in der Muttersprache zu verkündigen. Die Freundschaft zwischen den deutschen Katholiken und den Polen kann nur dann erhalten werden, wenn die deutschen Katholiken anerkennen, daß sie deutsche Katholiken und daß wir katholische Polen sind. Die Freundschaft zwischen ihnen und uns kann bestehen, wenn uns die Zentrumsleute so vertheidigen werden, wie es die christliche Pflicht zu thun gebietet — denn auch wir sind eine katholische Nation, der Gott eine Sprache gegeben hat, die zu erhalten und zu wahren wir das Recht haben — und wenn sie nicht sagen werden, die polnische Sprache sei nicht nöthig. Ihr Herren Zentrums männer, es geht euch um die Freundschaft, wenn es sich um die polnischen Stimmen handelt, und wenn ihr diese erhalten habt, dann sprecht ihr „wir brauchen euch nicht“, wenn es sich aber um die polnische Haut handelt, dann ist es unter euch ganz still, denn das sind ja „Polaken“. Daher an die Arbeit, du polnisches Volk, zur Einigkeit, gleichviel, ob Herr oder Bauer; denket daran, daß wir alle eines Glaubens sind, daß wir ein Vaterland haben. An die Arbeit, vor allem ihr großen Herren, daß euch die Geschichte dereinstmals nicht verfluche als ausgeartete Söhne Polens, die da beigetragen hätten zum Verschwinden des polnischen Namens, denn fallen kann eine schwache Nation, aber verderben nur eine elende.

Aus Nr. 58 des Wiarus Polski

vom 15. Mai 1902:

Verbote der polnischen Sprache.

Am vergangenen Sonntag kam ein Polizist in die Versammlung des polnischen Vereins „Jedność“ in Langendreer, um die Berathungen, welche in polnischer Sprache abgehalten wurden, zu stören; aus diesem Grunde mußte die Versammlung ausfallen. Es ist dies eine unerhörte Gesekwidrigkeit und Willkür und diejenigen, welche es veranlaßt haben, wären werth, dafür ins Gefängniß gesteckt zu werden; dort hätten sie Zeit, darüber nachzudenken, ob es den Polen nicht gestattet ist, sich ihrer Sprache zu bedienen. Die Sakatisten freuen sich, daß der Präsidant des Obergerichtes Rügler wohl zu Ungunsten der Polen entscheiden wird; sollte dies nicht der Fall sein, so beabsichtigen sie (die Sakatisten) im Landtage ein Gesek zu schmieden, nach welchem den Polen untersagt werden kann, öffentlich polnisch zu verhandeln; bis jetzt ist aber noch gar keine Entscheidung getroffen, auch kein solches Gesek in Kraft; mit welchem Recht also, so fragen wir, kommt die Polizei dazu, ihre Untergebenen anzuweisen, polnische Berathungen zu untersagen. Diese Herren eignen sich zu allem, nur nicht zu Beamten, wenn sie in so schändlicher Weise das Gesek verletzen und mit Füßen treten. Es wäre gut, wenn Schulen für die Polizeibeamten eingerichtet würden, wo sie lernen könnten, was sie dürfen und was nicht, bevor sie in die Lage kommen, auf Bürger, welche

zu ihrem Unterhalt beisteuern, „einzuwirken“. Dies würde vielleicht eine Aenderung dieser Verhältnisse herbeiführen, denn heutzutage ist die Willkür der Polizei kaum zu ertragen.

Gemäß der Konstitution und der Entscheidungen des Obergerichtes ist es den Polen gestattet, bei Versammlungen polnisch zu sprechen; nun kommt aber der erste beste Polizist und läßt diese Verordnungen außer Acht. Man müßte ihn eines Besseren belehren und ihm den Prozeß machen, damit er lernt, daß auch er gesetzliche Vorschriften zu respektiren hat.

Wir fragen, was die Worte des Grafen Bülow werth sind, welcher sagt, daß die Polen sprechen dürfen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist; dessen ungeachtet verlangen die Deutschen, daß Alles, was im „preussischen Vaterland“ lebt, nur deutsch „plappern“ soll.

Für uns Polen sollten alle diese Drangsalirungen nur als Ansporn dazu dienen, alles was polnisch ist um so heißer zu lieben, in unsere Kinder schon von der Wiege an die Liebe zu Polen einzupflanzen — vor Allem aber müssen wir hier in der Fremde immer daran denken, daß es unsere heiligste Pflicht ist, unsere Kinder in der polnischen Sprache zu unterweisen, sie polnisch lesen und schreiben und für die polnische Sache fühlen und leiden zu lehren.

Wenn wir allen unseren Pflichten in dieser Hinsicht gewissenhaft nachkommen, dann wird nicht nur der Schnabel des Grafen Bülow, sondern auch derjenige aller anderen Polenfreßer und Sakatisten an dem Widerstand des Polenthums und der heißen Liebe zu ihrem Vaterlande stumpf werden.

Aus Nr. 60 des Wiarus Polski

vom 18. Mai 1902:

Die polenfreßerische „Gelsenkirchner Zeitung“

schreibt in Nr 100: Die fortwährenden Angriffe des Wiarus Polski gegen die deutsch-katholische Geistlichkeit und gegen die polnischen Franziskanermönche, welche der Seelsorge der Polen mit großer Hingabe obliegen, welche den Polen aber in nationaler Beziehung zu wenig aufwieglend sind, haben den Vater Albertus Rittner aus dem Kloster in Düssel veranlaßt, einen längeren Artikel in dem Wiarus Polski zu veröffentlichen; in diesem lesen wir: (Hier sind die Behauptungen des genannten Mönchs angeführt, daß er mit Engländern, Türken pp. in religiöser Beziehung zu thun gehabt, aber nirgends so viel Undank erfahren hätte, als bei den Polen. Red.) So schreibt dieses Zentrumsorgan in Gelsenkirchen und zwar schreibt es ganz dasselbe, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung; wenn wir nicht irren, so wiederholt es wörtlich dieselben alten abgedroschenen Geschichten, welche dieses Blatt brachte.

Wir indessen nehmen die Gelsenkirchner Zeitung beim Wort und fordern sie auf, erst klar und deutlich zu sagen, was sie unter „polnisch-nationaler Aufwieglung“ versteht und ferner, wer, wann und von welchem Mönch verlangt worden ist, er möchte „polnisch-nationale Aufwieglungen“ treiben. So lange, als die Gelsenkirchner Zeitung dies nicht beweisen kann, werden wir bei der Ansicht stehen bleiben, daß sie gegen besseres Wissen Lügen verbreitet hat.

Den Polen ist nur daran gelegen, ihren Glauben und ihre Sprache zu erhalten, und hierzu haben sie ein heiliges Recht, wenn dies auch der Gelsenkirchner Zeitung nicht besonders zu gefallen scheint; es hat

den Anschein, als ob diese Zeitung dieses mit dem Namen „polnisch-nationale Aufwieglung“ benennt. Der Wiarus Polski hat auch noch niemals die Geistlichkeit angegriffen, sondern nur immer seine Landsleute vor Germanisirung schützen wollen, welche zu betreiben viele Geistlichen Lust zeigten; ferner hat der Wiarus Polski sich immer bemüht, für die Polen in seelsorgerischer Beziehung Gerechtigkeit zu erlangen; das ist sein Recht und seine Pflicht.

Wir sind sehr gespannt, was die Gelsenkirchner Zeitung zum Beweise ihrer Behauptungen anführen wird.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 138 des Naprzód

vom 23. Mai 1902:

Bitte um Begnadigung.

Vor einigen Tagen brachte eins der Posener Blätter die Nachricht, Dr. von Rakowski, welcher in einem Prozesse der Praca zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist, habe an Kaiser Wilhelm ein Gnadengesuch gerichtet und sich dabei auf seine geschwächte Gesundheit berufen. Dieser Nachricht ist von keiner Seite entgegen getreten worden.

Wir haben Herrn Dr. von Rakowski niemals als einen Helden traktirt, wie das manche Bourgeois-Blätter nach seinem Prozesse gethan; wir haben nur seine Denunzianten — Szymanski und Jastrzembiec gebrandmarkt und dargethan, daß uns mit Herrn Dr. von Rakowski keinerlei Sympathien verknüpfen. Es sei dem wie es wolle, die gefängliche Einziehung von Rakowski's, hat unter der Gesamtheit lebhafteste Befundungen des Mitgefühls für ihn hervorgerufen; die Sammlung der Beiträge für ihn nannte man ein „nationales Geschenk“; heute muß diese Sympathie für den Gefangenen schwinden, weil Herr von Rakowski — und das besonders unter solchen Verhältnissen, wie sie im preußischen Landestheile herrschen — sich dahin entschieden hat, beim Throne um Gnade zu betteln.

Solches haben die Breschener nicht gethan, obgleich das wenig aufgeklärte Leute sind; auch die Jugend hat das nicht gethan, welche durch die preußischen Urtheile betroffen wurde — und als ihnen die hofatistische Presse diese Demüthigung insinuiert hatte, haben sie mit Entrüstung diese Verleumdung zurückgewiesen. Umso mehr konnte man von Herrn von Rakowski, der als Journalist danach gestrebt hat, die öffentliche Meinung zu leiten, eine ähnliche Festigkeit voraussetzen.

Aus Nr. 21 der Gazeta Robotnicza

vom 24. Mai 1902:

Laurahütte.

Wie der Feind während des Krieges nur auf den Führer losstürmt, denn er weiß, daß dann, wenn er ihn tödtet, alles zersprengt wird, so geschieht das auch heute im gesamten menschlichen Leben. Wir Bergleute, die wir in den unterirdischen Höhlen wenig von der Welt erfahren, die wir keine Annehmlichkeiten kennen und denen Elend und fürchterlicher Tod täglich drohen, setzen unsere Hoffnung auf den Sozialismus, der uns aus alledem

erlösen kann. O, mit welcher Freude haben wir den Beschluß des letzten Kongresses der polnisch-sozialistischen Partei in Berlin entgegengenommen, den Beschluß, daß die Gazeta Robotnicza nach Oberschlesien verlegt werden würde. Wir haben es recht gut empfunden, daß sie in den Herd der Hüttengegend treffen, welcher durch die Kohle des Bergwerks im Glühen erhalten wird, oder in das Herz des polnischen industriellen Proletariats im preußischen Landestheile. Mit welcher freudigem Herzen haben wir die Genossen Morawski, Golde und Haase aufgenommen, weil wir wußten, daß sie von demselben Feuereifer durchdrungen sind wie wir.

Brüder! Das sind Leute, die sich dazu hingegen haben, uns aus diesem Mißgeschick zu erlösen; nun ist noch kein Jahr vergangen und sie befinden sich allesammt im Gefängnisse! Es haben sich hinter ihnen die Pforten der preußischen Gefängnisse geschlossen — die Pforten, hinter denen schon viele unserer Genossen leiden mußten.

Brüder! Diese Leute werden vom Katolik und von ähnlichen Schundblättern angegriffen; es ist für uns die Zeit und Gelegenheit gekommen, um unsere Arbeiter-Solidarität zu zeigen. Möge jeder darum bemüht sein, möglichst viel Abonnenten zu werben, agitiren wir unter unseren Brüdern, sammeln wir Beiträge und schreiben wir für die Gazeta Robotnicza, dann werden wir unsere gefangenen Genossen erfreuen. Wenn wir so verfahren, dann können wir der Zukunft sicher sein; fürchten wir uns nicht, denn die Wahrheit tritt — gleich dem Oele — an die Oberfläche. Jegliche Ungerechtigkeit ist ein Ansporn zu weiterem Kampf. Die 5 gefangenen Genossen sind für uns die Lösung zur weiteren Verbreitung unserer heiligen Idee.

Ein Sozialist.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 104 des Kurjer Polski (Amerika)

Gegen die Preußen.

Den polnischen Blättern in der alten Heimath ist es nicht gestattet, über die Verfolgungen der dortigen Polen so offen zu schreiben, wie dies den Zeitungen in Amerika erlaubt ist. Die bedrängten Polen in Europa lesen jedoch gerne die gegen ihre Bedrücker gerichteten Worte der Wahrheit und Verurtheilung. Das erfüllt sie mit Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Der Kurjer Polski giebt Jedem die Wahrheit und den Preußen zahlt er heim, was nur das Leder hält.

Der Kurjer kostet für Europa 2 Dollar.

Das beste Geschenk für Verwandte und Bekannte im alten Lande wäre die Bestellung des Kurjer Tygodniowy, des besten polnischen Wochenblattes in Amerika. In den letzten Wochen haben mehrere hundert hiesiger Polen den Kurjer Tygodniowy für ihre Verwandten in der Provinz Posen, im Königreich Polen, in Litthauen, Galizien, Westpreußen, Schlesien und anderen Ländern bestellt.

Der Kurjer Tygodniowy kostet nach Europa nur 2 Dollars auf das ganze Jahr.

Tygodniowy Kurjer Polski.

(Der polnische Wochen-Courier.)

Das Blatt enthält fast Alles; was Ihr während der ganzen Woche im Kurjer codzienny leset, denn es umfaßt 8—12 Seiten Nachrichten, Artikel und Erzählungen.

Für die hiesigen Besteller des Kurjer Polski oder der Gazeta Wisconsinka kostet der Tygodniowy Kurjer Polski nach Europa nur 2 Dollar. Das Bestellgeld muß jedoch für das ganze Jahr im Voraus bezahlt werden.

Wir versenden nach allen Gegenden der polnischen Landestheile.

Bestellt also den Tygodniowy Kurjer für Eure Verwandten und Bekannten im alten Lande und Ihr werdet ihnen eine große Freude bereiten. Adressirt:

Kurjer Polski

P. O. Box 68

Milwaukee, Wis.

Aus Nr. 111 der Nowa Reforma

vom 16. Mai 1902:

Auf schlechtem Wege.

Krakau, den 15. Mai.

Zwei Reden, zwei Auftritte parlamentarischer Vertreter der polnischen Bevölkerung in den preussischen, ehemals polnischen Landestheilen haben in den letzten Tagen in den breiten Bevölkerungsschichten der polnischen Gesellschaft nicht nur Staunen, sondern auch nicht geringe Entrüstung hervorgerufen. Wir sprechen hier von der Rede des Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion in Berlin, des Fürsten Ferdinand Radziwill, gelegentlich des Festmahles der Zentrumsparthei, sowie von den von geradezu widerwärtigem Loyalismus strotzenden Ergüssen des Herrenhausmitgliedes, Joseph von Koscielski-Miloslaw. Diese beiden Reden waren denn auch thatsächlich für die polnische Gesamtbevölkerung nicht nur eine Ueberraschung, sondern auch ein Räthsel. In dem Augenblick, in welchem Graf Ballesiren, ein Mitglied der Zentrumsparthei, die polnischen Interpellationen ablehnt, wo anderthalb Millionen des polnischen Volkes sich aus den Fesseln des ihm jegliche nationalen Rechte absprechenden Zentrums losreißen wollen, wo diese Parthei den Entschließungen der polnischen Fraktion immer häufiger hemmend in den Weg tritt, überschüttet der Vorsitzende dieser Fraktion, Fürst Radziwill, bei dem Zentrumsfestmahl die innigen Freunde der Polen mit Schmeicheleien und verurtheilt alle Bemühungen, die das Verhältniß der Polen zum Centrum trüben könnten, somit also den Gedanken der Wiedergewinnung Schlesiens für die nationale Fahne.

In dem Augenblick aber, wo die preussische Regierung in barbarischer Weise die Polen bedrückt, wo in der ganzen Welt die Schmerzensrufe der gemarterten polnischen Schulkinder erschallen, wo das polnische Volk im preussischen Antheil mit wahrhaft bewunderungswürdigem Heldenthum die erbitterten Angriffe des Feindes zurückweist, demüthigt sich öffentlich der Vertreter der dortigen polnischen Gesellschaft, Herr von Koscielski, vor dem Feinde, versichert ihn der treuherzigsten Gefühle seiner Landsleute, bittet förmlich um Erbarmen für den Preis der staatspolitischen Verschmelzung der Bedrückten mit den Bedrückern.

Dies sind wahrlich merkwürdige und beunruhigende Räthsel. Sie sind jedoch nicht schwer für Diejenigen zu lösen, welche die Geschichte nach der Theilung Polens genau kennen und denen die Entwicklung der national-politischen Verhältnisse im preussischen Antheil nicht unbekannt ist. Es sind dies die letzten Versuche der Adelspolitik, welche das nationale Leben und die nationale Kraft der Nation nach ihren eigenen Fähigkeiten oder Unfähigkeiten beurtheilt und außerhalb ihrer Raste nichts weiter kannte und in Folge dessen die Kräfte der Gesellschaft entweder zu hoch oder zu gering veranschlagte. Sie hat es fast niemals verstanden, dieser Kraft die Art der Arbeit und die Mittel des Kampfes anzupassen. Die ungeheure Kraft, welche in dem polnischen Volke steckt, nicht begreifend, betrachten die Vertreter dieser Politik die Lage ihrer Gesellschaft von dem Gesichtspunkte aus: „Wenn wir nicht widerstehen konnten, wird auch das Volk dies nicht zu Wege bringen.“ Und gerade in der Provinz Posen befindet sich, trotz der vollständigen Demokratisirung der dortigen Gesellschaft, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, alter Gewohnheit gemäß, in den Händen der Vertreter dieses Adelspolitik. Zum Glück hat die dortige Gesellschaft bereits gelernt, sich gegebenenfalls von diesem Einflusse zu befreien. Wie vor einigen Jahren die Koscielski'sche Versöhnungspolitik gerade in den Volksschichten auf einen entschiedenen Widerstand gestoßen war, so hat auch jetzt die ganze dortige demokratische polnische Gesellschaft, einschließlich desjenigen Theiles des Adels, welcher den national-gesellschaftlichen Umschwung verstanden und sich ihm angepaßt hatte, gegen die neuesten Kundgebungen der verderblichen Loyalität energisch und entschieden Widerspruch erhoben. Es ist daher nicht zu befürchten, daß die Ansichten des Herrn von Koscielski irgendwie den natürlichen Gang der Verhältnisse in der Provinz Posen stören und die Gesellschaft auf den falschen Weg, den Bedrückern die Hand zu küssen, bringen könnten.

Ungünstiger dagegen liegt die Sache, betreffend die Rede des Fürsten Radziwill auf jenem Festmahl, d. h. das Verhältniß der Polen zu dem Centrum. Es ist Thatsache, daß die Hilfe des Zentrums den Polen im preussischen Antheil bis jetzt auch nicht den geringsten Vortheil eingebracht hat. Diese Hilfe war stets nur eine platonische. Das Centrum hat niemals seinen ganzen Einfluß speziell für das polnische Interesse auf die Waagschale gelegt, es hat niemals versucht, in Dingen, in welchen es den Ausschlag gab, einen Druck auf die Regierung in Bezug auf die polnische Sache auszuüben. Sogar das ehrlichste Centrumsmittelglied, der verstorbene Windhorst, hatte die Kirchenrechte der polnischen Landestheile geopfert, um für die deutschen Kirchenrechte größere Freiheiten zu erlangen. Nach seinem Tode aber, seitdem das Centrum die Rolle einer Regierungspartei zu spielen sich bemüht, verringert sich sogar die platonische Liebe für die Polen immer mehr, wofür zahlreiche Fälle der letzten Jahre den Beweis liefern. Für 200 000 polnischer Stimmen in Schlesien, für die fast sklavenmäßige Nachgiebigkeit der polnischen Fraktion in vielen Dingen zahlt das Centrum mit der Scheidemünze einiger alljährlich für die Polen eintretenden Reden. Es hat jedoch keinen gegen die polnische Gesellschaft gerichteten Schlag abgewendet, weil es ihn nicht hat abwenden wollen, denn das Centrum hielt es nicht für nöthig, den Polen auch nur das geringste eigene Interesse zu opfern. Trotzdem begegnet dort der Gedanke, mit dem Centrum zwecks Wiedergewinnung Schlesiens

zu brechen, noch einem bedeutenden Widerstand, nicht nur in Adels-, sondern auch in klerikalen Kreisen, was psychologisch leicht erklärlich ist. Man muß wissen, wie die antipolnische Mehrheit sie behandelt. Raum geduldet nehmen sie sogar die platonische Unterstützung des Zentrums dankbar an. In den breiteren Bevölkerungsschichten übt die Ueberlieferung des 30 jährigen Kampfes an der Seite des Zentrums noch einen großen Einfluß aus. Hiermit erklärt sich auch, daß sogar das Obstruktionsprojekt dahin beantwortet wurde: „Wir können nicht, weil wir es mit dem Zentrum verderben würden.“ Von der Wiedergewinnung Schlesiens, welche das Zentrum als einen wirklichen „casus belli“ betrachten würde, wollen wir erst gar nicht reden. Und doch drängt Alles dahin, daß ein Bruch mit dieser Partei erfolgen müsse. Das schlesische Volk empört sich und wenn dort nicht rechtzeitig die Nationalfahne entfaltet wird, wird das Volk zur Sozialdemokratie übergehen. Der politische und wirtschaftliche Druck zwingt geradezu die dortige Gesellschaft, alle ihre Kräfte, von Puzig bis Myslowitz, zusammen zu nehmen und auszunützen, auch Schlesien in den Bereich seiner Thätigkeit und des Abwehrkampfes hineinzuziehen. Was liegt daran, wenn sich das Zentrum darob entrüstet? Die Wiedergewinnung Schlesiens, ganz abgesehen von ihrer ungeheuren sittlichen und nationalen Bedeutung, der Einfluß auf den polnischen Geist wird der polnischen Fraktion 8 Mandate einbringen und sie von der Nothwendigkeit befreien, bei der Einbringung von Anträgen und Interpellationen Unterstützung bei dem Zentrum zu suchen. Die letzten Beratungen haben erwiesen, daß diejenigen Abgeordneten, welche den richtigen Ton anzuschlagen verstehen, wie z. B. v. Glembocki, v. Czarinski und v. Chrzanowski, sich auch ohne Hilfe des Zentrums Gehör verschaffen. Diejenigen der bisherigen Anführer, welche, wie Fürst Radziwill, durch ostentatives Auftreten den natürlichen Lauf der Dinge aufhalten wollen, führen die Gesellschaft auf Abwege, auf gefährliche abschüssige Bahnen. Nur Seelenstärke, Ausdauer und Muth, vor Allem aber Vertrauen auf eigene Kräfte können die Polen unter der preußischen Knechtschaft retten. Es ist daher zu wünschen, daß auch gegen die Ausführungen des Fürsten Radziwill rechtzeitig eine gleiche Reaktion entstehe, wie gegen v. Koscielski. Die polnische Gesellschaft in den preußischen Landestheilen besitzt in dem Volke eine ungeheure Macht, doch muß sie gehörig ausgenützt und auf gute Bahnen gelenkt werden.

Aus Nr. 115 der Nowa Reforma

vom 22. Mai 1902:

Warschau, den 19. Mai.

Der zehntägige Aufenthalt des Kriegsministers Kuropatkin an dem Marwafluß, jener strategischen Gegend des künftigen Krieges mit Deutschland, war die unmittelbare Folge des Grimm'schen Verraths. Es unterliegt nämlich nicht dem geringsten Zweifel, daß die geheimsten Pläne und Projekte der Heereszusammenziehung, alle Einrichtungen und Vorbereitungen unterirdischer Befestigungen vom p. Grimm ausgeliefert worden sind und die Frucht langjähriger Bemühungen und geheimer strategischer Mittel zu nichte gemacht wurde. Es mußte also Alles vom Grunde aus geändert werden, es mußten zum Mindesten andere Pläne aufgestellt werden,

deren Ausführung Zeit und riesige Geldauswendungen erheischt. Einer der Generale hat in einem Privatgespräch sich über die Folgen der Grimm'schen Arbeit offen in folgender Weise geäußert:

„Wir brauchen wenigstens zwei Jahre, um den Verrath dieser Kanaille wieder gutzumachen und etwa 70 Millionen Rubel außerordentlicher Fonds.“

Der General hat natürlich die Einzelheiten der strategischen und fortifikatorischen Aenderungen nicht genannt. Wir wissen nur, daß unmittelbar bei Ostrolenka eine neue Festung, vielmehr eine Reihe unterirdischer Forts errichtet werden, denn mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden und der Grund und Boden der dortigen Bevölkerung wurde ungefüllt enteignet.

Kuropatkin erschien auch in Warschau, jedoch nur auf einige Stunden, um Czertkow, als einem dem Range nach älteren Kollegen Visite abzustatten. Der Besuch war rein formell, denn Czertkow kommt in militärischen Kreisen gar nicht in Betracht. Seine Stellung als Höchstkommandirender der Heere im Warschauer Bezirk ist rein titular und repräsentativ und als solche bildet sie unter den Offizieren den Gegenstand des Spottes und Hohnes.

Aus 4 des Przegląd Wszechpolski

vom April 1902:

Illegalität.

In dem Verlauf der sich geradehin immer mehr belebenden Diskussion in der galizischen und posener Presse über den Charakter und die Bestrebungen der allpolnischen nationalen Demokratie ist man mit Gewalt über unsern Standpunkt in Angelegenheiten unserer Nationalpolitik im russischen Theil hergefallen, in der Angelegenheit unserer Stellungnahme zur russischen Regierung und ihrer Verordnungen. Diese unsere Stellung beruht darauf, daß wir einen Kampf mit der Regierung, oder was auf dasselbe hinausläuft, eine illegale Aktion für nöthig halten, denn von einem legalen Kampfe kann in Polen unter der russischen Herrschaft keine Rede sein. Diese unsere Absicht, illegal zu handeln, ist Veranlassung geworden zu, ich will nicht sagen einer Kritik, denn eine Kritik fand nicht statt, aber zu Angriffen gegen uns, bei welchen man sich hypnotisirender Redensarten, ängstlicher Einschüchterungen und Prophezeiungen „blutiger Ereignisse“ bediente. Alle diese Angriffe gegen uns verdienen höchstens mit gleichen Waffen bekämpft zu werden, ihnen eine Hand voll patriotischer Redensarten zurückzugeben, auf ihre Nerven zu wirken, sie wenn irgend möglich, in Exaltation zu versetzen, endlich auch mit Zeugnern, bestechlichen Persönlichkeiten, Verräthern zu drohen. . . . Dies ist aber nicht unser Handwerk; seit einer Reihe von Jahren arbeiten wir daran, unser Volk in Angelegenheiten der Nationalpolitik denken zu lehren, und von diesem Wege werden uns auch die allerpathetischsten Aufschreie unberufener oder falscher Hüter des Nationalwohles nicht abbringen; wir werden also auf vage Vorwürfe nicht antworten; aber aus der Berührung dieser Frage Nutzen ziehend, werden wir das Wesen und die Bedeutung der illegalen Aktion in der polnischen Politik gegen die russische Regierung näher beleuchten. Es liegt uns nichts daran, unsere Gegner zu überzeugen, denn sie wollen nicht überzeugt sein, sondern daran, daß unsere Leser genauestens darüber aufgeklärt werden, weshalb wir Anhänger dieser „Illegalität“ sind; sie sollen erfahren, warum sie (die Illegalität)

Gegenstand so heftiger Angriffe gegen uns geworden ist. Diese Frage kann prinzipiell und praktisch behandelt werden. Von einer prinzipiellen Behandlung derselben kann unter den im russischen Staate bestehenden rechtspolitischen Verhältnissen keine Rede sein. Legal aus Prinzip kann man nur in einem rechtlichen Staate sein, dort, wo man sicher weiß, was Gesetz ist, wo eine stetige allgemein anerkannte Quelle des Rechts besteht, wo die Bürger sich einer genauen Kontrolle erfreuen, daß das Gesetz auch wirklich zur Ausführung kommt, wo endlich der Einzelne die Garantie hat, daß dieses Recht weder von anderen Bürgern, noch von der Behörde zu seinen Ungunsten falsch ausgelegt wird. Wir können uns nun nicht weiter in das Prinzip der Rechtfertigung vertiefen, nach welchem die uns durch unsere Auftheilung angethane Gewalt es mit sich bringt, daß wir gezwungen sind, überall, wo wir auftreten, unseren prinzipiell legalen Standpunkt mit dem praktischen zu vertauschen. Wenn jemand im russischen Staate grundsätzlich auf legalem Boden zu bleiben wünscht, d. h. wer alle Satzungen und Verordnungen befolgen und ihre Befolgung überwachen will — denn wer dort einer Verordnung nachkommt, muß auch ängstlich darüber wachen, daß andere sie nicht zu seinen Ungunsten mißbrauchen — der muß nothwendig in einem permanenten Konflikt mit den Behörden leben. Die Finländer z. B. sind geradezu als Hüter des Gesetzes anzusehen, denn sie wollen mit aller Gewalt, durch Skandale den physischen Zwang, der auf ihre Pastoren ausgeübt wird, daß sie von der Kanzel herab die neue Militärverordnung verlesen sollen, nicht zulassen; sie werden dafür zur Verantwortlichkeit gezogen. Diese neue Verordnung aber ist dennoch eine Vergewaltigung der ihnen gewährleisteten Konstitution. Was uns betrifft, so würden wir keinen Augenblick Konflikte mit den Behörden vermeiden können, wenn wir auch alle „Ukase“ des Zaren, welche eine Hintansetzung der uns früher zugesicherten Rechte darstellen, als Gesetz anerkennen und uns danach richten wollten. Ein Siedlecer Gymnasiast, welcher gegen Ertheilung des Religionsunterrichts in russischer Sprache Protest erhebt, ist auch vom Standpunkte der prinzipiellen Verordnungen des russischen Staates (Основазакон) aus gesehen als Verfechter der Legalität zu betrachten. Alle Verordnungen entspringen in Rußland und haben als Quell des Gesetzes den Willen des Monarchen; der betreffende Ukas des Zaren befiehlt die Religionsertheilung in der Muttersprache des Schülers; dessen ungeachtet wird dieser Schüler von der Schule relegirt. Ein Bauer, welcher dem Razelnik Powiatu (Kreischef) bei einer Gemeindeversammlung berechtigter Weise vorwirft, irgend eine Verordnung unbeachtet gelassen zu haben, oder welcher sich weigert, ein Protokoll über eine gesetzwidrig abgehaltene Gemeindeversammlung zu unterschreiben oder endlich, welcher sich weigert, einen „freiwilligen“ Beitrag zu irgend einer Sammlung zu Ehren des Zaren zu geben, wandert in den Arrest. Dennoch ist dieser Bauer ein Verfechter der Legalität, sogar im Sinne des russischen Staates. Wie kann also unter solchen Umständen von Legalität aus Prinzip die Rede sein? Dies hindert aber nicht, daß verschiedene Gegner unseres Standpunktes von Zeit zu Zeit an die prinzipielle Legalität erinnern, ohne indessen weiter darauf einzugehen, wie sie dieselbe auffassen. Im russischen Staate kann man die Legalitäts-Frage nur im praktischen Sinne behandeln; wir können legal handeln, wenn uns dies Vortheil bringt, wenn vorauszusehen ist, daß Illegalität von nachtheiligen Folgen sein

könnte. In diesem Falle ist es keine eigentliche Legalität; mit diesem Ausdrucke müssen wir vielmehr ein solches Verfahren bezeichnen, welches zu keinen Konflikten mit den Behörden Veranlassung giebt, welches mit den bestehenden Verordnungen da vereinbar ist, wo die Behörden es anerkennen, welches den Verordnungen oder Befehlen der Behörden zuwider sein muß dort, wo die Behörden das Gesetz beiseite zu lassen belieben; dies ist die einzige Art von Legalität, welche zu befolgen im russischen Staate möglich ist (so faßt unter anderen auch der Krafauer Ezas die Legalität auf, obgleich er von Zeit zu Zeit etwas Unklares über einen prinzipiellen Standpunkt in dieser Hinsicht fabelt. Am besten illustriert seine „Grundsätze“ ein bissiger Artikel, welcher die illegale Handlungsweise im Königreich Polen zum Gegenstand hat . . . anlässlich der Vorgänge in Siedlec und Biala, wo gerade die prinzipielle Legalität auf Seite der Schüler stand; in diesem Artikel wurde sogar bedauert, daß die österreichische Konstitution es zuließ, daß diese „Illegalität“ in der Presse unterstützt wurde).

Man muß eine große Portion von einer besondern Art Liberalismus besitzen, um dies Legalität zu nennen; in Anbetracht dessen aber, daß der Ausdruck in dieser Bedeutung mit Bezug auf die im russischen Theil bestehenden Verhältnisse geläufig ist, wollen wir nicht erst versuchen, ihn durch einen anderen Ausdruck zu ersetzen.

Das illegale Verhalten im russischen Staate kann ausschließlich vom praktischen Standpunkt aus beurtheilt werden, verdammt kann es insofern werden, daß das Volk davon Schaden oder Nachtheil haben kann, insoweit es sich aber nützlich erweist, liegt nicht nur kein Grund vor, es zu bekämpfen, sondern es muß im Gegentheil empfohlen werden.

Diese Angelegenheit hat zwei Seiten: eine national-politische und eine sozial-politische; wir wollen vor Allem die Erstere ins Auge fassen.

Es ist wohl jeder davon überzeugt, daß unser Volk unter der russischen Herrschaft bedrückt, verfolgt und drangsaliert wird; daß wegen des steten auf uns ausgeübten Druckes unsere nationale Entwicklung hier vollkommen aufgehalten wird; da wo sie sich stellenweise in mancher Hinsicht mühsam durchzuarbeiten scheint, ist sie sehr einseitig, weist Verluste in anderer Beziehung auf, welche die erlangten Vortheile mindestens aufwiegen. Da die Zeit, die gegen uns gerichteten Angriffe abzuwehren, noch nicht gekommen ist, so müssen wir uns jetzt bemühen, diese Bedrückungen soweit wie möglich zu vermindern, uns theilweise von dem Druck loszumachen, den Rahmen unseres nationalen Lebens zu erweitern, die Hindernisse, welche unserer nationalen Entwicklung im Wege stehen, wegzuräumen suchen. Die Grenzen, welche das gegenwärtige russische System uns gestellt hat, genügen auch unseren minimalsten Anforderungen nicht und die noch so legal Gesinnten, welche auch nur die geringsten Begriffe von politischen Angelegenheiten haben, werden es nicht wagen zu behaupten, daß in Anbetracht unserer gegenwärtigen Fesseln und Banden eine nationale Entwicklung für uns im Bereich der Möglichkeit läge. Es bleibt also nichts übrig, als bessere Bedingungen zu erobern; auf welchem Wege aber? . . . Hier gehen die Meinungen auseinander.

Unsere legal Gesinnten bemühen sich in ehrlicher oder unehrlicher Weise, unser Publikum zu überzeugen, daß man bessere Verhältnisse dadurch erlangen könnte, daß man sich die Regierung geneigt macht, ebenso auch die russische allgemeine Meinung,

wie ihre Petersburger Freunde hinzufügen. Wenn es der Regierung öfters zu Ohren kommen wird, daß wir Versicherungen unserer treuesten Ergebenheit geben, wenn sie Beweise haben wird, daß in derselben kein Falsch ist, wenn sie in uns keine offenen oder versteckten Gegner mehr erblicken kann, dann wird sie unseren, natürlich in den bescheidensten Grenzen gehaltenen Wünschen ihr Ohr nicht verschließen. Wir wollen diese Ansicht hier nicht weiter bekämpfen. Wir haben schon oft erklärt, daß das Streben, uns zu entnationalisiren oder wenigstens unsere nationale Entwicklung aufzuhalten, einen tieferen Grund hat, daß weder Rußland noch Preußen gutwillig ihre Bestrebungen einstellen werden, daß der uns innewohnende Selbsterhaltungstrieb und unsere stetige Hoffnung auf die Zukunft unseres Volkes uns einen fortwährenden Kampf mit diesen Staaten auferlegt. Dieser Kampf unsererseits kann sich entweder positiv äußern in Gestalt schaffender, nationaler Arbeit, welche das wieder aufbaut, was die Regierung bestrebt ist zu vernichten, oder wenigstens im Entstehen zu hindern, oder aber negativ — in Gestalt eines Widerstandes gegen die Staatsbehörden dort, wo ein solcher möglich oder unvermeidlich ist. Dieser Kampf ist, soweit er nicht nur in letzterer, sondern auch in ersterer Gestalt ein bestimmtes nationales Ziel hat, ausschließlich mit persönlicher Verantwortung vor den Behörden möglich — wir wollen nicht sagen gesetzlicher Verantwortung, denn in solchen Fällen finden die Verhandlungen über derartige Angelegenheiten, sowie auch das Zudiktiren der verwirkten Strafe lediglich auf administrativem Wege statt — auf durch Verordnungen verbotenen Wegen oder auch auf einem Wege, welcher, auch ohne solches Verbot, den Behörden genehm ist, auf dem allgemein, wenn auch nicht immer zutreffend, „illegal“ genannten Wege.

Es ist nicht nöthig zu beweisen, daß die nationale Arbeit, welche in richtiger Weise auf illegalem Wege zu Stande kommt, riesige Resultate liefert. Wer z. B. könnte es leugnen, daß die ständige Verbreitung von vielen tausend Exemplaren einer verbotenen Zeitschrift, welche die nationale Aufklärung zum Zweck hat (wie dies thatsächlich heutzutage in Rußland gang und gebe ist), ein Werk von unberechenbarer Bedeutung für unsere nationale Zukunft darstellt. Was die Thätigkeit, welche einen Widerstand gegen die Behörden zum Ausdruck bringt, anbetrifft, so ist die Sachlage hier eine viel komplizirtere. In einzelnen Fällen kann eine solche Handlungsweise geradezu verderblich und strafbar sein, in anderen Fällen ist sie Pflicht und Schuldigkeit.

Es würde z. B. Niemand für richtig, auch nicht einmal mit Bezug auf die entstehenden Folgen für ehrlich halten, wenn jemand irgend ein Dorf aufreizen wollte, den dem Zaren geleisteten Eid der Treue zu brechen; wer aber würde es wagen, dasselbe Dorf zu überreden, sich der Regierung in kirchlichen Angelegenheiten zu unterwerfen, wenn es dieser (der Regierung) gefallen hätte, die Einwohner für rechtgläubig (orthodox) zu erklären? Ist es nicht Pflicht des Menschen, bis zum Aeußersten zu kämpfen, wenn die Regierung mit Gewalt seine ganze Familie loszureißen beabsichtigt von der katholischen Kirche und von Allem, was an polnischer Nationalität und abendländischer Zivilisation mit ihr in Verbindung steht? In wessen Namen sollten wir denn ein solches Nachgeben dem Staate gegenüber anempfehlen? Etwa im Namen des Wohls der Nation oder der Religion — denn sie wollen uns das eine und das andere nehmen — höchstens vielleicht im Namen unserer heilen Haut und im

Sinblick auf die Hoffnung, unseren Magen dadurch zu füllen; es fehlt bei uns auch nicht an legal geminten Leuten, welche diesen Ausweg gut heißen.

Selbst bei der allerdurchdachtesten Sophistik kann man für Innehaltung eines streng legalen Standpunktes mit Bezug auf die polnischen Verhältnisse unter russischer Herrschaft nicht eintreten; es kann nur von einem höheren oder geringeren Grade der Illegalität die Rede sein. Alle, welche man für Polen ansehen kann, machen nur den einen Unterschied: Es giebt viele, welche anerkennen, daß die mit Gewalt zur rechtgläubigen Orthodoxie getriebenen Uniten und Deutsch-Katholiken sich auflehnen und sich wehren müßten; daß das polnische Volk darüber im Geheimen belehrt werden müßte, wie nützlich es ist, die verbotenen Werke unserer großen Dichter zu verbreiten, als Nachschlagebücher für unsere polnische und vaterländische Geschichte u. s. w. Diese Leute sind aber gegen eine politische Organisation, welche eine systematische nationale Thätigkeit auf allen Gebieten entwickelt und welche nach ihrem bestimmten Plane alle regierungsfeindlichen Rundgebungen leitet. Mit solchen Leuten kann man diskutieren, die Diskussion aber wird sich nur darum drehen, wie weit man in der Illegalität gehen kann, nicht aber darum, ob unsere Arbeit im Allgemeinen legal oder illegal sein soll. Von dem nationalpolitischen Standpunkte aus kann und muß man die illegale Thätigkeit nur verdammen: 1. Soweit die durch sie erlangten Vortheile sich nicht bezahlt machen, der Opfer nicht lohnen, welche diese Thätigkeit erheischt. 2. Soweit die für den gegebenen Augenblick günstig erscheinende Thätigkeit in Zukunft zu unvermeidlichen Niederlagen, etwa zum Ausbruch eines Aufstandes führen könnte, dessen Niederkämpfung die soziale und nationale Entwicklung wieder weit zurückbringen würde.

Die erste Frage lassen wir unbeachtet, denn es lohnt sich nicht, unsere Verluste an Menschen in Betracht zu ziehen, während aus einem Volke, welches Ueberfluß an Arbeitskräften hat, ganze Legionen eigener Söhne aus freiem Willen nach derselben Gegend von Rußland und Sibirien auswandern, nach welchem diese exportirt werden. Dafür fällt die zweite Frage sehr ins Gewicht; wenn es uns thatsächlich nicht gelingen sollte, einen systematischen, auf lange Jahre berechneten Kampf mit der Regierung zu führen, einen solchen Kampf, wie ihn die irländische Liga führt, wie ihn Finland beginnt, wenn alle Organisationen illegaler Thätigkeit fatalistisch zum Ausbruch eines Aufstandes führen sollten, so wäre es wirklich besser, danach zu streben, in möglichst legalen Grenzen zu bleiben, sich aller Arbeit auf breiter, geheimer Basis zu enthalten. Wozu in dieser Weise arbeiten, wenn man voraussieht, daß diese Arbeit und mit ihr aller Aufwand an materiellen und moralischen Kräften des Volkes unnütz verschwendet ist? Aber gerade diese Möglichkeit müssen wir in Betracht ziehen. Und über diese Frage ernstlich und kritisirend nachdenken, ohne sich dabei mit Redensarten oder oberflächlichen geschichtlichen Analogien zufrieden zu geben. Unser Land ist seit dem letzten Aufstande ein ganz anderes geworden; die Zusammensetzung unserer Bevölkerung und deren geistiges Leben hat sich seitdem gewaltig verändert. Heutzutage ist ein Aufstand in der Weise des Aufstandes von 1863 absolut unmöglich, hingegen ist ein stetiger Kampf mit den für unser Volk schädlichen Gesetzen, mit dem gesetzlosen Verfahren der Regierung durchaus möglich und sogar zur Nothwendigkeit geworden.

Zwar werden in London und Paris ganz spezielle, bis ins kleinste fertig gestellte Pläne für einen Aufstand fabriziert, die Verfasser derselben sind indessen sozialistische Schwärmer, welche im Auslande vergessen haben, wie es in Polen aussieht; sie arbeiten diese Pläne für den „vierten Stand“ aus, welcher noch weitergehende Zwecke verfolgt.

Unserer Ansicht nach kann nur eine ernste, zielbewusste, auf Erfahrung gegründete Aktion gegen die Regierung, ausgeführt von reiferen Elementen, unser Volk vor solchen Anomalien schützen, wie sie die Thaten der Jünglinge, obgleich sie edelsten Absichten entstammten, mit sich gebracht haben und welche von unberechenbaren Folgen begleitet sein konnten. Wenn wir uns darüber nicht streiten wollten, ob im russischen Theil ein illegaler Kampf geführt werden soll, sondern wie dieser Kampf beschaffen sein soll, so würden wir sicher mehr darin leisten, das Volk vor Ueberraschungen, vor nicht wieder gut zu machenden Verlusten zu schützen, vor Verlusten, welche ihren Ursprung in unserem Abweichen auf ungebührliche Wege oder im Organisiren eines Kampfes auf solchen Gebieten haben, auf welchen derselbe heutzutage einen Erfolg nicht erzielen kann. Wenn diese national-politischen Rücksichten nur in Bezug auf Entscheidung über die Bedeutung illegaler Thätigkeit eine Rolle spielten, so wäre ein bezüglicher Uebereinkommen in dieser Angelegenheit nicht so schwierig. Selbstverständlich sprechen wir nicht von denen, welche zur Legalität aus persönlichen Rücksichten auffordern, auch nicht von denen, welchen es weniger um Legalität als um die Annäherung an Rußland zu thun ist, von diesen Mitarbeitern an der Reva, welche nicht mehr genau wissen, ob sie noch Polen, oder schon Russen sind, welche ihre Zweifel in dem Gefühl „slavischer“ Solidarität ersticken wollen. Diese Sache hat aber noch eine andere Seite, wie wir schon oben sagten, nämlich die sozial-politische.

Ein auf der Grundlage der Legalität aufgebautes Programm wird einerseits durch ein vollkommenes Festhalten des Volkes von allen national-politischen Fragen gekennzeichnet, sowie auch dadurch, daß das Volk seine ganze Energie auf Arbeiten hinwendet, welche sich in ökonomischen und kulturellen, von der Regierung gestatteten Grenzen bewegen; andererseits durch langsames Erweitern dieser Grenzen durch Erbitteln von Erleichterungen von der Regierung. Diese Erleichterungen werden freilich keine größere nationale Bedeutung haben, sowie auch die bis jetzt von uns erlangten keine Bedeutung gehabt haben; das von Allen entlockte, vollkommen in den Grenzen der Legalität arbeitende Volk aber wird sich der Erfüllung bescheidener Wünsche erfreuen und diese Eroberungen schätzen lernen. Durch wen aber würden wir solche erlangen, wer würde ein Äquivalent dafür bieten? Selbstverständlich diejenigen, welche Berührung mit den höheren Behörden haben, welche Zutritt zum Schloß, zum Belvedere, Zutritt zum Hofe haben. Die Nation würde sich dann daran gewöhnen müssen, als ihre Botrone und Kirsprecher die verschiedenen Stallmeister, Säaermeister, Haushofmeister und Kammerherren des allerhöchsten Hofstaates anzuerkennen. Auch hier liegt die sozial-politische Bedeutung des Antagonismus zwischen der Legalität und der Illegalität, zwischen dem Auslaich gegenüber den Gnadenbeweisen und dem Kampf um Zugeständnisse. Diejenigen Kreise, welche sich zu Repräsentanten des Volkes berufen fühlen, wissen sehr gut, daß den Kampf mit der Regierung nur die große Masse des Volkes führen kann, daß in diesem Kampf

die soziale Selbstständigkeit der breiten Massen zur Geltung kommt, daß diese sich daran gewöhnen, in dieser Hinsicht ohne „natürliche Führer und Leiter“ auszukommen; und zwar weniger deshalb, weil sie ein Verständniß für diese Lage der Dinge hätten, als vielmehr deshalb, weil sie nur mit instinktiven Widerwillen den Massen die Theilnahme am politischen Leben gönnen und weil sie sich unter legalem Vorwand das Monopol der Politik, welche im Erbitteln von Gnadenbeweisen besteht, für sich sichern wollen; auf diese Weise wollen sie das Patronat über die Nation erlangen und ihre leitende Stellung im Volke befestigen.

Sie wollen die ganze politische Aktion des Volkes auf ihre persönlichen Rücksichten und Bestrebungen zurückführen und dem Rest der Intelligenz des Landes die ökonomische Arbeit, so wie auch die kulturelle, soweit eine solche von der Regierung gestattet wird, überlassen; das Volk bevorzugen sie in Bezug auf Nüchternheit, Volksbelustigungen, staatliche Leseanstalten und ähnliche philanthropisch-erzieherische Institutionen, welche im Verein mit der Behörde und der Polizei eingerichtet sind, und welche das Leben der breiten Massen unter russische Polizeiaufsicht stellen.

Dieselben sozial-politischen Rücksichten gebieten uns, uns auf die Seite der illegalen Aktion zu schlagen; als nationale Partei müssen wir danach streben, daß unsere Politik die Wünsche der Massen unseres Volkes zum Ausdruck bringt, daß diese Massen zu Bürgern gemacht werden, politisch immer mehr reifen und über ihre Zukunft entscheiden können. Selbst wenn wir glauben könnten, daß mit Hilfe von legalen Versicherungen und Bitten, welche vor dem Throne des Zaren niedergelegt oder vor den Generalgouverneuren gebracht würden, dasselbe zu erreichen wäre, wie mit Hilfe von Kämpfen und Opfern, so würden wir doch immer noch den letzteren Weg wählen, denn etwas Er kämpftes hat außer seinem greifbaren Werth noch einen riesigen sozial-erzieherischen Vortheil dadurch, daß es die Massen des Volkes zu selbständigem, politischem Leben in der Zukunft erzieht. Dieses politische Bearbeiten der Massen ist für uns noch werthvoller, als die laufenden nationalen Errungenschaften, denn hierauf stützt sich die ganze Zukunft unseres Volkes. In dieser Auffassung der Sache kommt unsere Demokratie zum Ausdruck, welche der unmittelbare Ausfluß eines tiefer empfundenen nationalen Standpunktes ist.

Jede Demokratie, welche diesen Namen verdienen soll, muß im russischen Theil den Kampf mit der Regierung energisch unterstützen, nicht aber Proben der Versöhnung mit ihr anstellen. Zwar hat die galizische Demokratie bisher diesen Standpunkt nicht eingenommen, aber diese Demokratie ist auch nicht weit her.*)

Unsere Demokratie beruht nicht darauf, in den Massen den Naturtrieb zu wecken, nicht im Aufwachen des Standes- und Parteihasses, sondern auf den positiven Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die breiten Massen des Volkes zu Theilhabern eines national-kulturellen Lebens zu machen, welches auf gefunden ökonomischen Grundlagen stehen, sich auf der Basis eines selbständigen politischen Seins, sowohl in sozialer als auch in nationaler Beziehung, entwickeln soll. Die nationale Arbeit muß unserer Ansicht nach mit einer weiteren Ausbildung der Bedingungen Hand in Hand gehen, durch welchen die Massen des Volkes in nationaler Hinsicht immer mehr aufgeklärt werden, sich politisch weiterbilden und allmählich zu selbständigem Handeln fähiger

werden. Und deshalb stehen wir in den Angelegenheiten, welche den russischen Theil betreffen, auf der Grundlage breiter „illegaler“ Aktion.

Diese sozial-politischen Rücksichten befestigen nicht nur unseren unerschütterlichen Standpunkt in national-politischen Angelegenheiten, sondern sie erklären auch am besten, weshalb die konservativen Kreise trotz so vieler Täuschungen, so vieler mißlungener Versuche, trotz der augenscheinlichen Unfruchtbarkeit, ja trotz der vollkommenen Undenkbarkeit jedes streng legalen Programms noch immer an der Legalität mit solcher Zähigkeit festhalten und mit solcher Verbissenheit jede illegale Aktion niederkämpfen, selbst dann noch, wenn es klar am Tage liegt, daß diese für Alle zur größten Nothwendigkeit wird.

*) Davon, wie innig in unseren Angelegenheiten im russischen Theil das legale Programm mit dem Konservatismus, ja sogar mit der Aristokratie verbunden ist, zeugt der originelle Ton, welchen in allen sozialen Angelegenheiten der Petersburger Kraj anschlägt. Diese Zeitschrift, welche von Leuten gegründet worden ist, die mit demokratisch-liberalen Kreisen in Rußland in Verbindung standen, wollte in demselben Sinne bei uns verfahren, indem es die auf Legalität und Loyalität gegen die Regierung begründete Vorliebe für Rußland predigte. Bald aber war man darüber orientirt, daß das letzte Programm, welches das Wesen der Bestrebungen des Kraj darlegte, in demokratischen Kreisen Polens keine günstige Aufnahme fand, und daher ist der Kraj unter Beibehaltung eines gewissen liberal-kleinbürgerlichen Anstriches, den er für seine verschiedenen Finanzmänner brauchte, vollkommen in die Dienste der konservativen und aristokratischen Kreise der drei polnischen Landestheile getreten. Manchmal macht er (der Kraj) den Versuch, in der Rolle eines Vermittlers, wie die Russen sagen „*allia oczystki sowiesti*“, in nationalen Streitigkeiten aufzutreten; er wird sich aber niemals soweit vergessen, daß man seine konservative Strenggläubigkeit in Zweifel ziehen könnte.

Aus Nr. 17 des Kraj

vom 26. April (9. Mai) 1902:

Das Voos der Breschener Interpellation im Reichstage.

Berlin, 27. April.

Am Schlusse der Mittwochssitzung trat Fürst Ferdinand Radziwill im Namen der polnischen Reichstagspartei an den Präsidenten des Reichstages, Graf Ballestrem, mit der Frage heran, ob er die Absicht habe in fernerer Zeit einen Termin zur Einbringung einer bezüglichen Interpellation von Seiten der Polen anzuberaumen.

Der Ausdruck „in fernerer Zeit“ war nicht glücklich gewählt; da in der Dienstsitzung nämlich nicht alles, was auf der Tagesordnung stand, zur Erledigung gekommen war, so wollte Fürst Radziwill damit sagen, daß die polnischen Abgeordneten bereit wären zu warten, bis die begonnenen Be-

rathungen zu Ende geführt seien, d. h. ein oder zwei Tage etwa. Aber Graf Ballestrem, ein hervorragend falscher Biedermann, that so, als ob er die Worte des Fürsten anders verstände. „Das Reglement des Hauses“, antwortete er mit verstecktem Lächeln, „verlangt, daß jede Interpellation unverzüglich auf die Tagesordnung gestellt wird, sie bestimmt keinen Termin innerhalb dessen eine vertagte Interpellation erneuert werden muß.“ Gegenwärtig sei der Reichstag mit sehr wichtigen Angelegenheiten beschäftigt dessen ungeachtet hätte er (der Präsident) nichts dagegen, daß diese Interpellation später einmal auf die Tagesordnung käme.

Der Hohn, welcher in diesen Worten lag, fand durch ein befriedigtes Auflachen bei den Regierungseleuten einen Widerhall; es ist indessen anzunehmen, daß dieser billige Erfolg dem Grafen Ballestrem ziemlich theuer zu stehen kommen wird. Dieser schlesische Magnat verdankt sein Mandat fast ausschließlich den Stimmen der polnischen Arbeiter. Es ist kaum zu bezweifeln, daß man dem Grafen bei den nächsten Wahlen diesen deutlichen Beweis mangelnden Wohlwollens für die Vertreter des polnischen Volkes und von Gleichgültigkeit für die Interessen desselben vergessen sollte. Was wird nun geschehen? Bei der Dienstag-Sitzung hat die polnische Parteibeschlossen, die polnische Interpellation zu erneuern. Nachdem die preussische Gerechtigkeit nunmehr ihr letztes Wort gesprochen hat, dürfte die Zeit gekommen sein, diese Abwege zu brandmarken, auf welche die preussische Justiz gerathen ist; im Tempel der Themis haben sich politische Elemente eingenistet, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit nichts mehr gemein haben; die drei letzten Prozesse (der Gymnasiasten, der Akademiker und der Breschener) haben ein genügendes Beweismaterial geliefert.

Wie wir hören, beabsichtigen die polnischen Abgeordneten bei nächster Gelegenheit die Anfrage des Fürsten Radziwill zu wiederholen und in „aller-nächster Zeit“ einen Termin zur weiteren Besprechung der Breschener Angelegenheit zu beantragen. Wenn Graf Ballestrem auch dann noch von dieser unsrer gerechten Forderung nichts wissen will, so werden die Polen sich an das Plenum des Reichstages wenden. Wenn das Zentrum ihnen keine Unterstützung nicht entziehen wird, so sind die Polen mit Hilfe eines Theils der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei ziemlich sicher die Majorität zu gewinnen; indessen müssen wir die Hoffnung hegen, daß das Zentrum in diesem Falle die Polen unterstützen wird, denn entgegengesetztenfalls würden die Fäden, welche bisher die Polen mit dem Zentrum verbanden, eine erhebliche Lockerung erfahren; selbst die ehrlichen, treuen Anhänger des Zentrums, welche bei den Polen augenblicklich die Majorität bilden, würden dann in eine schwierige Lage kommen; wahrscheinlich würden diese dann nur die Wahl haben zwischen dem früheren Standpunkt dem Zentrum gegenüber und dem Mißtrauen des polnischen Volkes. Aber auch im günstigsten Falle ist das Schicksal unsrer Interpellation noch nicht völlig gesichert; der Reichstag ist sehr selten beschlußfähig. Es genügt, daß ein polenfresserischer Abgeordneter Zweifel darüber laut werden läßt, ob bei der Abstimmung die von der Verfassung vorgesehene Zahl Abgeordneter theilgenommen hat (die Hälfte und einer) und dann wären alle unsre Mühen vergebens gewesen. Hierauf beruht im deutschen Parlament die Obstruktion.

Aber die Anwendung dieser Waffe könnte üble Folgen für unsere Gegner haben, denn sie würde eine Antwort in demselben Sinne rechtfertigen. Die Polenpartei hat einen Abscheu vor der Obstruktion, da sie ein Mittel ist, welches sich mit den ehrenhaften Bestrebungen und Grundsätzen der polnischen Fraktion nicht verträgt. Wenn indessen unsere Gegner selbst uns den Weg zeigen, so würden auch die polnischen Abgeordneten sich moralisch für berechtigt halten in ihre Fußstapfen zu treten, wenigstens die, welche das Gefühl bis jetzt noch nicht haben. Und so könnte der normale Verlauf aller Arbeiten im Parlament eine unerwünschte Störung von vielen Monaten erfahren. Die nächsten Tage werden uns ja zeigen, wie sich die Angelegenheit gestalten wird. Sie werden die Zweifel beheben, welche alle Gemüther der großpolnischen Bevölkerung in gespannter Erwartung der kommenden Dinge erhalten.

Gordon.

Aus Nr. 17 des Kraj

vom 26. April (9. Mai) 1902:

Die neuen Millionen.

Vorwort: Der Kraj verbreitet sich des Längeren über die Bewilligung der neuen Millionen zu Kolonisationszwecken; es wäre diese Thatsache keine große Ueberraschung, denn Bismarck hätte schon damals, als er hundert Millionen forderte, gewußt, daß mehr gebraucht würde. Der Regierung ginge die Kolonisierung jedoch zu langsam, sie würde von dem Sakatismus zu größerer Eile angetrieben. Der Kampf gegen die Polen sei jetzt in stärkerem Maße entbrannt, als je zuvor. Früher kannten die Könige von Preußen die Polen nur als ihre Unterthanen, sie verfuhrten mit ihnen so wie mit allen anderen, nämlich in „väterlicher Weise“ und verziehen ihnen ihre Insubordination; heutzutage sieht der König von Preußen die Polen als seine Erbfeinde an. Wenn die öffentliche Meinung bei der Regierung anfragte, wodurch eigentlich die Polen ihre Feindschaft gegen Preußen beweisen, so würde die Regierung antworten: Die polnische Presse heßt die Polen auf, die Breschener Bevölkerung zertrümmert die deutschen Schulen, die polnischen Priester benutzen den Beichtstuhl als Mittel polnische Propaganda zu machen, die polnische Jugend treibt Geheimbündeleien; alles dies geschieht nur um sich von Preußen loszureißen und ein polnisches Reich zu gründen oder sich an einen andern Staat anzuschließen. Die Verhältnisse haben sich jetzt so zugespitzt, daß jeder unvorsichtige Schritt polnischerseits die preußische Regierung veranlaßt, schärfere Maßregeln gegen die Polen zu ergreifen; jede verschärfte Maßregel aber die Bevölkerung zu intensiverem Widerstande aufreizt. Es ist schwer dort Frieden zu halten, wo ein glühender Haß die Gemüther entflammt, wo vom Staate und von der Nation der Kreuzzug gegen ein andres Volk gepredigt wird.

* * *

Aber Friede ist nothwendig und es ist jetzt Sache der deutschen Journalisten, welche noch nicht das Gefühl für Gerechtigkeit verloren haben und denen das Verständniß für die zivilisirten Aufgaben

Deutschlands nicht abgeht ihren ganzen Einfluß geltend zu machen um die teutonische Furie der Sakatisten zu bekämpfen und die Regierung zur Besinnung zu bringen.

Unsre Sache ist es, was in solchen Fällen un-
gemein schwer fällt, unsre Ruhe zu bewahren. Wenn das Posener Land schon viele Verluste durch den Kampf mit den Deutschen erlitten hat, so wird es in Zukunft noch mehr erleiden. Wenn das Großherzogthum durch die Kolonisation 3 Prozent seines Landes verloren hat, so wird es in Zukunft 10 bis 15 Prozent verlieren; hat das polnische Volk seine Sprache bei den Gerichten, in den Schulen, auf der Post, bei den Eisenbahnen verloren, so kann es dieselbe auch noch in Bezug auf öffentliche Versammlungen und sogar in der Presse verlieren, falls die Forderungen der Sakatisten durchgehen! Wenn, wie jemand bei einer der letzten Versammlungen in Posen sagte, das polnische Volk schon jetzt einen großen Prozentsatz an Proletariat habe, wie groß wird dieser Prozentsatz erst nach einem wirtschaftlichen Kampf mit den Deutschen werden. Ein Friede ist daher heute unentbehrlich. Es irrt sich aber jeder sehr, welcher glaubt, daß ein solcher Friede die Regierung veranlassen würde, ihre antipolnischen Maßregeln zurückzuziehen, daß die Krone die Loyalität der Polen anerkennen und dem Beispiel der früheren preußischen Könige folgend „väterlich“ mit ihnen reden wird; es irrt sich, wer glaubt, daß Tausende von Mitgliedern des Ostmarkenvereins mit einem Male aufhören werden auf die Polen zu heßen. Dort, wo die Krone, die Regierung und ganze Parteien der Nation sich in der einen Idee: „Ausrottung“ vereinigt haben, dort werden Friedensliebe und Loyalität des polnischen Volkes auf Niemanden Eindruck machen können. Die Vertreter der Berliner Regierung haben geäußert: „Wir ruhen nicht eher, bevor nicht der deutschen Zivilisation und den deutschen Sitten eine bleibende Herrschaft in einem Lande gesichert ist, welches mit deutschem Blute erobert ist.“ Delenda est.

Aber das Verlangen des polnischen Volkes nach Frieden wird die Wucht der gegen uns geführten Schläge mildern, wird dazu beitragen den größten Ansturm der Ausrottungslust zu überdauern. Ideen und Ansichten vergehen, wie alles auf der Welt; die Zeit schwächt sie ab; sie verlieren allmählich die Kraft weitere Kreise anzustecken; so ist die Idee der Kreuzzüge vergangen, so muß auch einmal der preußische Anfall von Tollheit vergehen. Ebenso wie der Kampf um die Religion seinen scharfen und wüthenden Charakter mit der Zeit verloren hat, so wird der Nationalkampf ihn mit der Zeit auch verlieren. Es sind noch nicht 35 Jahre her, da hat der König von Preußen seine polnischen Unterthanen darüber beruhigt: „Daß sie im Norddeutschen Bunde Polen bleiben, ihre Muttersprache behalten und ihren Sitten und Gebräuchen gemäß weiter leben sollen wie bisher“; und erst vor einigen Jahren hat der Reichskanzler Caprivi, wie wir vermuthen, auf Initiative des Kaisers Wilhelms II. hin, versucht, mildere Bedingungen in den polnischen Kurs zu bringen. Wenn von demselben Throne heute Worte erschallen, welche kein Wohlwollen verrathen, wenn diese selbe Regierung erklärt, daß sie die Polen ausrotten will, ist das kein Beweis dafür, daß die teutonische Furie die Oberhand gewonnen hat, um später einmal wieder versöhnlicher gestimmt zu werden. Es ist ja möglich, daß es dem polnischen Element gelingen wird auch wieder einmal etwas menschlichere Bedingungen für sein Dasein zu er-

langen; Ruhe und Besonnenheit sollten die stets beweisen, welche sich in Gefahr befinden.

Wir brauchen auch nicht zu verzweifeln oder die Hände sinken zu lassen. Auch die Möglichkeit hat ihre Grenzen, selbst die mächtigste Regierung kann die Grenzen, welche ihr die Natur der Sache vorschreibt, nicht überschreiten. Einige Millionen Menschen können nicht durch Ministerialreskripte aus Berlin einfach germanisirt werden; hierzu sind Jahrzehnte, Jahrhunderte nöthig, es ist dazu nöthig auch über die andern Theile Polens die Herrschaft zu besitzen; die Macht zu germanisiren hört jetzt bei Myslowitz und Kalisch auf. Dieselben Deutschen, welche den Polen an der Warthe den Untergang bereiten wollen, werden im Königreich Polen polonisirt; in Preußen verringert sich die Anzahl der Polen nicht, sondern sie nimmt stetig zu. Die neuen in Berlin bewilligten Geldmittel

werden dem polnischen Element materiellen Schaden bringen, aber sie werden den geistigen Werth der Deutschen nicht heben. Die Posener Blätter verlieren dabei weder den Muth noch den Humor; eines dieser Blätter sagt: „Schließlich haben wir keinen Grund uns darüber zu ärgern, daß die abermalige Uebersfluthung mit Millionen das Werk der Demoralisation und moralischen Korruption unter dem Deutschthum bedeutend fördern wird“ — und eine andre Zeitung sagt ebenfalls im Hinblick auf die bewilligten Millionen: „Wir müssen doch mehr werth sein, bewilligt nur gleich mehrere Milliarden.“

Dieser letzte Beweis des teutonischen Hasses wird den Polen zweifellos viel Schaden bringen, wird ihnen ihre Stellung im preußischen Staate sehr erschweren, er wird ihre soziale Entwicklung aufhalten, aber ausgerottet wird er sie nicht.

Stanislaus Glasko.